

(A)

(C)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 27 auf:

Abgabe einer Erklärung durch den Bundeskanzler

Einigung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union auf eine europäische Verfassung

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung zwei Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner

- (A) Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung hat der Bundeskanzler Gerhard Schröder.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Gerhard Schröder, Bundeskanzler:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor 14 Tagen haben sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union auf die europäische Verfassung geeinigt. Mir liegt daran, auch deutlich zu machen, was das politische Umfeld, der politische Hintergrund dieser Einigung war und ist.

Sie wissen, dass wir den 60. Jahrestag des so genannten **D-Day** in Frankreich miteinander begangen haben. Jeder hat gespürt, denke ich, dass die Franzosen und die Deutschen, die beiden Völker, die so häufig blutige Kriege gegeneinander geführt haben, einander so nahe sind wie wahrscheinlich noch nie zuvor.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Rainer
Stinner [FDP])

Was dort erreicht werden konnte, ist das Verdienst aller Bundesregierungen – ich betone: aller Bundesregierungen –, seit unsere Republik besteht. Es hat mich zutiefst berührt, wie sehr dieses Miteinander, das ja nicht nur ein Miteinander der beiden Völker, sondern auch ein Miteinander der beiden Völker für Europa ist, deutlich geworden ist.

- (B) Ich spreche im Namen aller, denke ich, wenn ich sage, dass der gleiche Prozess auch nach Osten hin erfolgen muss,

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

dass wir alles, was in unserer Kraft und in unseren Möglichkeiten steht, tun müssen, um gegenüber Polen, aber nicht nur gegenüber Polen den gleichen Prozess der Versöhnung und des Miteinanders hinzubekommen.

Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass mich der polnische Staatspräsident eingeladen hat, beim **60. Jahrestag des Warschauer Aufstands** in Polen dabei zu sein. Es ist im Interesse des gesamten Hohen Hauses, denke ich, wenn dabei genau dieser Aspekt erkennbar wird; denn dabei wird dann auch deutlich werden, dass es nicht nur um einen Prozess der Versöhnung zwischen unseren beiden Völkern, sondern auch darum geht, dadurch der inhaltlichen Einheit Europas mehr Gestalt zu geben.

Ich füge hinzu: Im nächsten Jahr wird insbesondere in Russland der **60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges** begangen werden. Ich glaube, auch darin liegt eine Möglichkeit – wo immer denkbar, werden wir sie zu nutzen versuchen –, den Versöhnungsprozess mit diesem so großen und wichtigen Land, das auch uns nahe ist, einzuleiten und voranzubringen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der
FDP)

(C) Auch das hat mit der europäischen Einheit zu tun; denn es wird auf diesem Kontinent keine dauerhafte Sicherheit, keinen dauerhaften Frieden und kein dauerhaftes Wohlergehen für seine Menschen geben können, wenn es nicht gelingt, Russland auf Dauer durch eine ganz enge Partnerschaft mit der Europäischen Union zu verbinden. Daran zu arbeiten ist genauso wichtig wie die Fortführung und Gestaltung des Prozesses der inneren Einheit in der Europäischen Union.

Vor diesem Hintergrund – politisch, aber auch emotional – haben die Diskussionen um die europäische Verfassung stattgefunden. Ich finde, der Beschluss über die Verfassung ist wirklich ein Meilenstein auf dem Weg zur weiteren europäischen Integration. Deshalb ist der Beschluss über die Verfassung zu Recht ein Beschluss von historischer Tragweite genannt worden.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und der FDP)

(D) Unmittelbar nach dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten aus Ost- und Südosteuropa zur Europäischen Union wird damit ein ganz wichtiges Zeichen gesetzt: Das größer gewordene Europa findet auch trotz großer Meinungsunterschiede einen Weg zu einem Miteinander und wächst weiter zusammen. Das hat der Verfassungsprozess deutlich gemacht. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass dieses größer gewordene Europa entscheidungsfähig und damit politisch führbar bleibt. Auch dieser Aspekt der Verfassungsdiskussion – das wird sich in den kommenden Jahren zeigen – darf nicht kleingeredet werden. Er ist eminent wichtig; denn es geht ja nicht nur darum, dass das einige Europa größer wird, es geht auch darum, dass in ihm politisch effizient gearbeitet werden kann.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Anfang dieser Woche haben wir uns auf einen Kandidaten für das **Amt des Kommissionspräsidenten** verständigt. Ich brauche hier die teilweise kontroversen Debatten nicht zu wiederholen; Sie kennen sie alle. In der Person des portugiesischen Ministerpräsidenten Barroso haben wir aber, wie ich denke, einen fähigen Kandidaten gefunden. Mir liegt daran, deutlich zu machen, dass der Ministerpräsident Portugals wirklich mehr als eine Chance verdient, zu beweisen, dass er ein guter Kommissionspräsident sein wird, der die Integration Europas voranbringt. Er kann sicher sein, dass Deutschland ihn ohne Vorbehalte in seiner Arbeit unterstützen wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der
CDU/CSU)

Wenn, was ich hoffe und worum ich auch bitte, das Europäische Parlament ihn bestätigt, kann er mit ganzer Energie an der weiteren Integration Europas arbeiten, genauso wie wir das in der Verfassung festgelegt haben.

(Zuruf des Abg. Michael Glos [CDU/CSU])

– Herr Glos, wollten Sie noch über den Kommissionspräsidenten mit mir reden?

Bundeskanzler Gerhard Schröder

- (A) (Michael Glos [CDU/CSU]: Ich habe nur gesagt, dass wir uns freuen, dass der Erkenntnisprozess, dass das Parlament mitredet, zu Ihnen durchgedrungen ist!)

– Ja, das war nicht einfach nur ein Erkenntnisprozess, sondern in diesem Prozess war auch auf Machtverhältnisse in Europa zu reagieren.

(Joseph Fischer, Bundesminister: Und Verantwortung wahrzunehmen!)

Das ist gar keine Frage. Diese Tatsache zeigt, dass man unter den gegebenen Verhältnissen verantwortlich mit solchen Fragen umgehen muss.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ob allerdings alle Ihre Erwartungen, Herr Glos, erfüllt werden, dessen bin ich mir nicht so ganz sicher. Möglicherweise wird es zu gegebener Zeit, aber sicher nicht von mir angestoßen, eine Debatte über die Frage geben, ob die parteipolitische Politisierung solcher Prozesse wirklich sinnvoll ist. Auch das ist nicht ausgemacht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch und Lachen bei der CDU/CSU)

Mein ganz besonderer Dank gilt Irlands Premierminister Bertie Ahern. Es waren sein Einsatz und das Verhandlungsgeschick der irischen Präsidentschaft, die diesen Erfolg möglich gemacht haben.

- (B) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Natürlich ist der Verfassungstext ein Kompromiss. Wie sollte es auch anders sein? Auch ich hätte mir die eine oder andere Formulierung und den einen oder anderen Artikel anders vorstellen können. In der Frage der **Mehrheitsentscheidungen** oder bei der verstärkten Zusammenarbeit wären wir gern weiter gegangen; aber das war politisch nicht durchführbar, weil nicht durchsetzbar.

Ebenso ist über die – auch hier im Hohen Haus diskutierte – Frage des **Gottesbezuges** in der europäischen Verfassung sehr intensiv debattiert worden. Ich habe mich in dieser Frage immer dafür eingesetzt, dass die Verfassung eine Präambel erhält, in der der Bezug zur christlichen Tradition stärker zum Ausdruck kommt, als es schließlich erreicht worden ist. Die Präambel der jetzt beschlossenen Verfassung enthält im ersten Satz den Hinweis auf das kulturelle, religiöse und humanistische Erbe Europas.

Wie gesagt, ich hätte gerne eine weiter gehende Formulierung gehabt, eine Formulierung zum Beispiel, die die griechisch-römischen, die jüdisch-christlichen und die humanistischen Traditionen und Überlieferungen unseres Kontinents klarer zum Ausdruck bringt. Sie wissen, dass das weder im Konvent noch in der Regierungskonferenz konsensfähig war. Es gibt in Europa ganz besondere laizistische Traditionen, die mit der Geschichte einzelner Länder sehr verwoben sind und auf

- die Rücksicht zu nehmen ist, zumal dann, wenn man, wie bei dem Verfassungstext notwendig, Einheitlichkeit, also Einstimmigkeit erzielen muss. (C)

Ich finde gleichwohl, die europäische Verfassung, auf die wir uns geeinigt haben, ist alles in allem ein guter Kompromiss.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am Ende haben wir einen Interessenausgleich erreicht, der dem hohen Anspruch, dem eine Verfassung genügen muss, gerecht wird.

Diese Verfassung war von Anfang an ein Projekt, das ganz maßgeblich von Deutschland vorangetrieben worden ist. Die Bundesregierung ist stets dafür eingetreten, die europäische Einigung durch eine europäische Verfassung zu festigen und sie auf dieser Basis fortzuentwickeln. Beharrlich und geduldig haben wir auf dieses Ziel hingearbeitet. Die ersten Schritte zur Verfassung haben wir bereits während der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 getan. Beim Europäischen Rat in Köln haben wir den Beschluss erreicht, eine **Europäische Grundrechte-Charta** zu erarbeiten. Wir haben uns schon damals dafür eingesetzt, dieser Charta einen rechtsverbindlichen Charakter zu geben. Das ist zunächst am Widerstand einiger Mitgliedstaaten gescheitert. Heute ist diese Grundrechte-Charta integraler und rechtsverbindlicher Teil der europäischen Verfassung. Damit sind diese Grundrechte für jeden Bürger Europas unveräußerlich und auch einklagbar.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (D)

In Köln hatten wir außerdem eine so genannte kleine Regierungskonferenz vereinbart, die dann im Dezember 2000 in Nizza ihren Abschluss fand. Dadurch sollte die Europäische Union in die Lage versetzt werden, weitere Mitgliedstaaten aufzunehmen. Wie zuvor schon in Maastricht und in Amsterdam sind jedoch auch in Nizza wichtige Fragen unbeantwortet geblieben, zum Beispiel: Wie sollten die Kompetenzen zwischen den nationalen und der europäischen Ebene abgegrenzt werden? Wie muss die Macht zwischen den Brüsseler Institutionen verteilt werden? Welche Rolle kommt den nationalen Parlamenten in einer erweiterten Union zu? Schließlich ging es um die Frage nach der politischen Führbarkeit einer Union mit 25 und bald mehr Mitgliedstaaten.

Durch eine gemeinsame deutsch-italienische Initiative ist es in Nizza dann gelungen, den **Verfassungskonvent** ins Leben zu rufen. Die Einrichtung eines Konvents, der sich aus Abgesandten der Regierungen und der Parlamente zusammensetzt, hat sich – ich glaube, das ist eindeutig – bewährt. Deswegen sollte diese Methode demokratischer Konsultationen auch bei künftigen Vertragsänderungen, soweit sie nötig werden, angewandt werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Bundeskanzler Gerhard Schröder

- (A) Mehrere wichtige deutsch-französische Initiativen haben die Arbeiten des Konvents geprägt. Dazu gehört der Beitrag über die institutionelle Architektur der Union, den ich gemeinsam mit dem französischen Staatspräsidenten im Januar 2003 vorgelegt habe. Viele der deutsch-französischen Vorstellungen sind in die Verfassung eingegangen. Das gemeinsame Auftreten Deutschlands und Frankreichs im Konvent und in der Regierungskonferenz hat erneut gezeigt: Die deutsch-französische Partnerschaft ist unersetzlich: für die beiden Länder und deren Völker, aber vor allen Dingen auch für den Prozess der Einigung Europas.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Fortschritte bei der europäischen Integration kann und wird es immer dann geben, wenn sich Deutschland und Frankreich so einig wie möglich sind.

Auch das ist zu sagen: Es gäbe heute keine europäische Verfassung ohne die großartige Arbeit des Konvents und insbesondere ohne die Arbeit und die Entschiedenheit von Präsident Valéry Giscard d'Estaing.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der
CDU/CSU und der FDP)

Ihm, der diesen Konvent geführt hat, gilt deswegen unser besonderer Dank.

- (B) Die zehn Beitrittsländer waren von Anfang an gleichberechtigt dabei. Sie waren auch gleichberechtigt an der Regierungskonferenz beteiligt. Viele meiner Kollegen waren anfangs skeptisch, ob eine tragfähige Einigung von 25 Mitgliedstaaten gelingen könnte. Am Ende haben sich alle bewegt. Das zeigt: Erweiterung einerseits und Vertiefung andererseits müssen keine Gegensätze sein. Sie sind gleichermaßen wichtig für den Einigungsprozess in Europa und dafür, dass Europa seine Rolle in der Welt spielen kann.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Erweiterung und Vertiefung sind – es ist mir wichtig, dass das deutlich wird – zwei Seiten einer Medaille.

Ich will noch zwei Persönlichkeiten besonders danken. Besonderer Dank gebührt dem polnischen Ministerpräsidenten Belka und dem spanischen Ministerpräsidenten Zapatero. Beide haben das europäische Gesamtinteresse eben nicht aus den Augen verloren, als sie in Einzelfragen auch für die Interessen ihrer Länder gekämpft haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Bei den institutionellen Kernfragen haben wir Lösungen gefunden, um die Handlungsfähigkeit – das heißt immer auch: die Entscheidungsfähigkeit Europas sicherzustellen. Von zentraler Bedeutung ist dabei die **doppelte Mehrheit**. Es war richtig, dass Deutschland an diesem Prinzip festgehalten hat. Auch das wurde erst möglich, nachdem wir uns nach Nizza mit Frankreich auf dieses Prinzip geeinigt hatten. Wie gesagt: Die doppelte Mehrheit ist von zentraler Bedeutung. Sie macht es

- (C) nicht nur leichter, Beschlüsse zu fassen – auch das ist eine Menge wert –, sondern dadurch bringt die Europäische Union auch ihren doppelten Charakter zum Ausdruck: als Union der Staaten und als Union der Bürgerinnen und Bürger. Die Staatenmehrheit unterstreicht die Gleichberechtigung aller Mitglieder. Ohne sie wird auch in Zukunft keine Entscheidung in Europa fallen. Das zusätzliche Erfordernis einer Mehrheit der Unionsbürger verwirklicht das zentrale Prinzip, das in jeder Demokratie selbstverständlich ist: ein Bürger – eine Stimme.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich will nicht verhehlen, dass Deutschlands Stellung innerhalb der Union durch die doppelte Mehrheit aufgewertet wird. Deshalb habe ich es für vertretbar gehalten, im Rahmen eines Gesamtkompromisses auf einige Abgeordnete Deutschlands im Europäischen Parlament ab 2009 zu verzichten.

Auch in der Frage der künftigen Zusammensetzung der Europäischen Kommission haben wir einen fairen und guten Kompromiss gefunden. Für uns war wichtig, dass ab 2014 die **Anzahl der Kommissare** deutlich verkleinert wird. Das war zu einem früheren Zeitpunkt – wir hätten es durchaus für vernünftig gehalten – nicht erreichbar. Besonders für die neuen Mitgliedstaaten – das ist der Grund – ist es wichtig gewesen, dass sie auf jeden Fall für zehn Jahre in der Kommission vertreten sein werden.

- (D) Das ist gewiss ein Zugeständnis, aber ein vertretbares; zum einen, weil die Union den Ausgleich zwischen größeren und kleineren Mitgliedstaaten braucht, und zum anderen, weil mitunter gerade den Beitrittsländern Ost- und Mittelosteuropas der Verzicht auf ihre neu gewonnene Souveränität schwerer fällt als den anderen Ländern, für die das bereits eine historische Selbstverständlichkeit geworden ist. Diese Länder haben die Erfahrung, die wir in Deutschland gemacht haben, noch vor sich, dass nämlich Europa und die Abgabe von Souveränität an Europa zugleich Bedingung und Motor unserer Freiheit sind. Es wäre fatal, wenn wir ihnen – sei es auch nur symbolisch – die volle Teilhabe verwehrten; denn wir wollen, dass sie Europa nicht nur als gemeinsamen Markt, sondern als das große gemeinsame politische Projekt der Zukunft ansehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Verfassung weitet den Anwendungsbereich von **Mehrheitsentscheidungen** erheblich aus. Wir, die Deutschen, hätten es gern gesehen, wenn Europa in dieser Frage noch weiter hätte gehen können, etwa in der Außen-, aber auch in der Steuerpolitik, insbesondere bei den direkten Steuern. Das war jedoch gegen den Widerstand einzelner Mitgliedstaaten – hier handelt es sich keineswegs um die neuen Mitgliedsländer, sondern um diejenigen Länder, die schon lange dabei sind – nicht durchsetzbar.

Das Europäische Parlament wird als Mitgesetzgeber und gleichberechtigter Teil der Haushaltsbehörde neben dem Rat deutlich gestärkt werden. Das Verfahren der

Bundeskanzler Gerhard Schröder

- (A) Mitentscheidung wird zum Regelfall in der Gesetzgebung. Damit stärken wir das demokratische Prinzip in der Union. Die Bedeutung des Parlaments als Vertretung der europäischen Bürgerinnen und Bürger wird gestärkt. Diese Bedeutung muss nach außen deutlicher gemacht werden. Um die europäische Integration nicht nur zu einer Sache des Verstandes, sondern auch zu einer Herzenssache der Menschen zu machen, brauchen wir nicht weniger, sondern sehr viel mehr europäische Öffentlichkeit als bislang.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Für Justiz und innere Sicherheit bringt die Verfassung wichtige Verbesserungen: beim Kampf gegen Terrorismus und grenzüberschreitendes organisiertes Verbrechen. Mit dem **europäischen Außenminister** und dem **europäischen diplomatischen Dienst** kann Europa seine gewachsene Verantwortung in der Welt besser wahrnehmen. Vielleicht kann es nicht alle Erwartungen, die in der Welt an Europa gestellt werden, erfüllen, aber einige davon sicher besser als je zuvor. Die Rechte der nationalen Parlamente werden durch einen Frühwarnmechanismus gestärkt, jedenfalls in den Fällen, in denen das Prinzip der Subsidiarität verletzt zu werden droht.

Darüber hinaus schafft die europäische Verfassung mehr Flexibilität, indem sie den Mitgliedstaaten mehr Möglichkeiten für eine verstärkte, strukturierte Zusammenarbeit eröffnet. Auch dieser Punkt lag uns besonders am Herzen; denn wir sind davon überzeugt, dass es einigen Ländern, die das wollen, möglich sein muss, bei der Integration weiter und schneller voranzugehen als andere, wobei das Prinzip der Offenheit des Prozesses für alle, die hinzukommen wollen, immer gewährleistet sein muss.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war ein gemeinsames Anliegen von Bundesregierung, Opposition und Ländern, die Kompetenzen zwischen der europäischen Ebene und den Mitgliedstaaten klar abzugrenzen. Das ist mit den entsprechenden Regelungen in der Verfassung gelungen. Ein förmliches Vorschlagsrecht der Kommission gibt es nur dort, wo es auch eine entsprechende europäische Kompetenz gibt.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik etwa ist und bleibt Sache der Mitgliedstaaten. Dies wird übrigens von keiner Regierung bestritten. Deshalb kann die Kommission auch künftig lediglich Empfehlungen zum Abbau des Defizits in einem Mitgliedsland geben. Die Entscheidungsbefugnis bleibt weiterhin beim Rat.

Ungeachtet dessen brauchen wir in der neuen Kommission eine stärkere Querschnittskompetenz in Fragen, die die Wirtschafts-, Innovations- und vor allen Dingen die Industriepolitik betreffen. Es geht um das, was wir uns in der Lissabon-Strategie als ökonomisches Zukunftsprojekt Europas vorgenommen haben.

Deshalb haben wir gemeinsam mit Frankreich und Großbritannien angeregt, das Amt eines **Wirtschafts-**

- kommissars** mit einem erheblich gestärkten Verantwortungsbereich zu schaffen. Über diese Frage – es ist mir wichtig, das zu betonen – wird der neu gewählte Kommissionspräsident, wenn er vom Parlament bestätigt und vom Rat ernannt worden ist, in eigener Verantwortung und souverän zu entscheiden haben. Es ist zwar berechtigt, Wünsche zu äußern. Aber es ist wichtig, die Entscheidungskompetenz des Kommissionspräsidenten immer deutlich werden zu lassen. Es geht uns bei dieser Frage darum, die Kohärenz der Kommissionsvorschläge mit Blick auf die Lissabon-Ziele zu verbessern. Dieser Anregung stimmt übrigens die breite Mehrheit der Mitgliedstaaten durchaus zu.

Meine Damen und Herren, es ist darüber diskutiert worden, wen Deutschland, das nur über einen Kommissar oder eine Kommissarin verfügen wird, in die Kommission schicken wird. Die Bundesregierung wird **Günter Verheugen** als deutsches Mitglied der nächsten Kommission vorschlagen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich habe ich die kontroversen Debatten über diesen Vorschlag, die in der Öffentlichkeit geführt worden sind, zur Kenntnis genommen. Ich möchte Ihnen nur so viel sagen: Günter Verheugen ist wohl einer der Kommissare in der abtretenden Kommission, der sich wirklich überragende Verdienste durch seine Arbeit erworben hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Niemand, aber auch niemand würde verstehen, wenn ihm angesichts seiner Arbeit und seiner Erfolge als Erweiterungskommissar die Möglichkeit weiterer Arbeit in der neuen Kommission verwehrt werden würde. Er hat wirklich Herausragendes geleistet und ist bereits jetzt jemand, der sich um Europa verdient gemacht hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Um in Kraft treten zu können, muss die Verfassung nun in allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden. In einigen Mitgliedstaaten wird es Volksabstimmungen geben. Davor sollte sich niemand, dem an einem Ratifizierungsprozess gelegen ist, fürchten. Es sollte dort eine breite Unterstützung geben.

Die Abstimmungen – ob im Parlament oder in direkter Demokratie – sind eine Gelegenheit, Gemeinsamkeiten in Europa deutlich werden zu lassen. In Deutschland wird der Verfassungsvertrag entsprechend den Vorgaben des Grundgesetzes in einem parlamentarischen Verfahren ratifiziert werden. Nach erfolgter **Vertragsunterzeichnung** wird die Bundesregierung die hierfür notwendigen Schritte zügig einleiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Europa braucht diese Verfassung, um dem gerecht zu werden, was seine Bürgerinnen und Bürger von ihm

Bundeskanzler Gerhard Schröder

- (A) erwarten: Frieden zu erhalten, Sicherheit zu gewährleisten, Wohlstand zu mehren und Solidarität zu üben.

Es war Jean Monnet, der bereits in den 50er-Jahren die Idee einer europäischen Verfassung ins Gespräch gebracht hatte. Wie so vieles in Europa hat es auch dafür ein schrittweises, beharrliches Vorgehen auf einem langen Weg gebraucht. Die Einigung und die Vertiefung Europas können nicht gleichsam von oben vorgegeben werden. Wir alle in Europa, denke ich, können deshalb sehr zufrieden sein mit dem, was am 18. Juni dieses Jahres in Brüssel erreicht worden ist. Die europäische Verfassung ist eine tragfähige und auch notwendige Grundlage für ein Europa, das nun noch enger zusammenwachsen kann und zusammenwachsen wird.

Wir wollen dieses starke und geeinte Europa, auch um unser europäisches **Gesellschaftsmodell der Solidarität und der Teilhabe** möglichst aller am Sagen und Haben in Europa weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das so gestärkte und so geeinte Europa wird dann auch anderen in der Welt ein Partner sein, für eine Welt, in der Gerechtigkeit und geteilter Wohlstand herrschen, für eine Welt, in der vor allen Dingen kräftig für ein friedliches Zusammenleben der Völker gearbeitet wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist leichter geworden mit der Verfassung. Sie ist eine Basis für die weitere politische Arbeit – nicht mehr, aber eben auch nicht weniger. Deshalb ist sie wichtig für uns in Deutschland und für Europa.

- (B)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Kollegin Dr. Angela Merkel, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Angela Merkel (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor 14 Tagen ist es den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union gelungen, sich auf den Text für eine Verfassung zu einigen. Wir begrüßen das. Ich halte das für eine historische Zäsur für die Europäische Union. Es ist eine historische Zäsur zu einem Zeitpunkt, an dem so etwas wie die Wiedervereinigung Europas stattgefunden hat. Die Europäische Union hat jetzt 25 Mitgliedstaaten; zwei werden in kurzer Zeit dazukommen. Da ist es richtig, dass der Versuch unternommen wird, Europa über die Wirtschafts- und Währungsunion hinaus auch die Gestalt einer politischen Union zu geben. Ich halte das für einen wesentlichen Fortschritt. Dieses wiedervereinigte Europa hat nun so etwas wie eine Gründungsurkunde, ein Fundament, auf dem gearbeitet werden kann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C) Ich möchte zwei Gründe nennen, warum das genau zu diesem Zeitpunkt so wichtig ist: Erstens sind wir am Anfang des 21. Jahrhunderts in einer neuen Welt, in einer Welt, die nicht mehr geprägt ist durch den Kalten Krieg, sondern durch **Globalisierung**. Wenn die europäischen Nationalstaaten in dieser Welt eine prägende Wirkung entfalten wollen, wenn wir erreichen wollen, dass wir in Europa mit unseren gemeinsamen Werten Einfluss auf diese Welt nehmen, dann ist die Europäische Union dafür die richtige Größe. Vieles können Nationalstaaten bewegen – das wird auch weiterhin so sein –, aber prägende Kraft in den Globalisierungsprozessen zu entwickeln, wird an vielen Stellen nur Europa gelingen. Dafür ist dieser Verfassungsvertrag ein wichtiges Dokument.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will einen zweiten Grund nennen: Wir alle haben bei der **Europawahl** gespürt, wie schwierig es ist, die Menschen davon zu überzeugen, für dieses Europa zur Wahl zu gehen und ihre Stimmen abzugeben. Wir alle haben erlebt, dass kleine Gruppierungen zum Teil erhebliche Chancen haben, sich in einer solchen Wahl zu profilieren. Deshalb muss es unser Ziel bleiben, dass dieses Europa ein Europa der Bürger bleibt. Die Bürger müssen verstehen, warum wir dieses Europa brauchen und welche Verantwortung es hat.

(D) Wir haben das schon 1999 im Europawahlkampf gespürt. Bereits damals hatten CDU und CSU in ihrem Europawahlprogramm auf der einen Seite die Forderung nach der verbindlichen Festlegung der Charta der Grundrechte verankert und auf der anderen Seite die Aufgabe, die Zuständigkeiten in Europa in Form eines Verfassungsvertrages zu ordnen. Dass es etwa zur Europawahl im Jahr 2004 gelungen ist, einen solchen Verfassungsvertrag durchzusetzen und ihm ein Gesicht zu geben, halte ich für eine große Leistung, die auch ganz erheblich von CDU und CSU mit befördert wurde.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich schließe mich gerne dem **Dank** des Bundeskanzlers an die irische Präsidentschaft und vor allen Dingen an den Präsidenten des Konvents an. Ich glaube, dass die Methode des Konventes die richtige Methode war, um die Verfassung erst einmal in Gang zu bringen; denn wenn das nur innerhalb der Regierungskonferenz geschehen wäre, hätte es erheblich mehr Schwierigkeiten gegeben. Deshalb ist Valéry Giscard d'Estaing, aber auch unseren Vertretern in dem EU-Konvent in ganz besonderer Weise zu danken. Das Ergebnis dieses Konvents ist jetzt in großen Teilen im Verfassungsvertrag verankert. Es war ein historischer Moment, als Giscard d'Estaing sagen konnte: Wir haben mit allen Ebenen der Politik in Europa gemeinsam ein Dokument erarbeitet. Das sollte bei der Erarbeitung weiterer Dokumente in Europa Schule machen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deutschland hat prägend gewirkt. Ich erinnere daran, dass Roman Herzog die Charta der Grundrechte verhan-

Dr. Angela Merkel

- (A) delte hat. Das war eine schwierige, aber auch lohnende Aufgabe; denn auch dies trägt dazu bei, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern sagen können, welches die verbindlichen gemeinsamen Werte Europas sind. Europa wird durch diesen Verfassungsvertrag sehr viel demokratischer. Es ist wichtig, dass das Parlament die **volle Haushaltsbefugnis** erhält. Damit bedeutet dieser Verfassungsvertrag für unsere Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament einen Zugewinn an Klarheit und Transparenz. Er ist aber auch für die Bürgerinnen und Bürger im Lande ein Zugewinn, weil sie ihre Europaparlamentarier stärker dahin gehend befragen können, welchen Einfluss sie im Europaparlament genommen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Unter dem Strich bedeutet auch das **Prinzip der doppelten Mehrheit** eine klare Entscheidungsgrundlage, einen Demokratiezuwachs. Allerdings wird es gar nicht so einfach sein, den Menschen auf einer Versammlung zu erklären, wie dieses Prinzip der doppelten Mehrheit genau funktioniert. Es gibt eine Reihe von Nebenbedingungen, die sicherlich keine Ausgeburt an Übersichtlichkeit sind. Vom Grundsatz her begrüßen wir das Prinzip der doppelten Mehrheit. Es war ein schwieriger Prozess, der aber, wie ich glaube, zu einem vertretbaren Ergebnis geführt hat.

- (B) Meine Damen und Herren, der eigentliche Punkt – ich komme zurück auf unser Europawahlprogramm von 1999 – war aber, zu klären, wer für was verantwortlich ist, wie die **Zuständigkeiten** geordnet sind. Es ist ein unglaublicher Fortschritt, dass sich nicht nur Deutschland, sondern alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union darauf eingelassen haben, sich mit dieser Frage zu befassen. Nicht alle sind im Denken in Kompetenzen so geübt wie wir aufgrund unserer föderalen Ordnung und unseres Grundgesetzes. Am Anfang fand ein wirklicher kultureller Prozess statt. Ich habe an vielen Gesprächen teilgenommen. Die Europäische Volkspartei hat hier Vorarbeit geleistet. Ein Dank an Wolfgang Schäuble und Reinhold Bocklet, die immer und immer wieder mit unseren Freunden darüber diskutiert haben, warum man diese Kompetenzordnung braucht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es ist ganz wichtig, dass klar wird: Ziele im Verfassungsvertrag begründen allein keine Kompetenzen, sondern nur klare Einzelermächtigungen, und diese sind gegeben. Es gibt drei Kategorien von Kompetenzen: die ausschließlichen Zuständigkeiten, die geteilten Zuständigkeiten und die ergänzenden Zuständigkeiten. Mit diesen drei Kategorien werden wir in Zukunft in Europa arbeiten. Wir werden darüber wachen, dass nicht über den Umweg der ergänzenden Zuständigkeiten eigene Zuständigkeiten entstehen. Auch das ist wichtig für die Klarheit und Transparenz in der politischen Arbeit zwischen den verschiedenen Ebenen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (C) Wenn man sich den Verfassungsvertrag genau anschaut, stellt man fest, dass es eigentlich gar nicht so viele neue Zuständigkeiten gibt. Es gibt aber erhebliche Erweiterungen. Bezüglich dieser Erweiterungen möchte ich positiv hervorheben, dass man erhebliche Fortschritte in der **Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik** gemacht hat. Angesichts des zeitlich eigentlich recht kurzen Prozesses von Nizza bis jetzt ist insbesondere in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik erheblich mehr Klarheit entstanden. Ich begrüße außerordentlich – ich denke, das ist ein wichtiger Beitrag für Europa –, dass man sich zum Beispiel auf eine Rüstungsagentur geeignet hat, dass man gesagt hat, man wolle hier eng zusammenarbeiten. Das sind die Punkte, in denen Europa noch prägen kann und sich nicht sozusagen auf Dauer in Abhängigkeit begibt. Ich halte das für außerordentlich vernünftig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

- (D) Ich finde es auch wichtig und fast historisch, dass man in der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung zum ersten Mal ganz eindeutig den Bezug zur NATO herstellt – da ist ja viel erreicht, wenn man überlegt, dass nicht alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union Mitglieder der NATO sind – und damit die Wertegemeinschaft in der Verteidigungspolitik noch einmal betont. Ich begrüße auch außerordentlich, dass es in Zukunft einen **EU-Außenminister** gibt, der das Gesicht Europas in der Welt sein kann, was allerdings voraussetzt, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union dann auch bereit, willens und in der Lage sind, in wichtigen außenpolitischen Fragen mit einer Stimme zu sprechen; ansonsten ist das Amt des Außenministers überflüssig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wenn man sich die Bedrohungen des 21. Jahrhunderts anschaut, dann ist sicherlich sehr hervorzuheben, dass die Zusammenarbeit im Bereich der **Innen- und Justizpolitik** intensiviert wird. Sie geht jetzt über das rein intergouvernementale Management hinaus: Nicht nur die Regierungen arbeiten zusammen, sondern es gibt hier auch europäische Institutionen; ich halte das für wichtig. Etwas skeptischer bin ich, ehrlich gesagt, bei den erweiterten Zuständigkeiten im Bereich der **Sozial- und Gesundheitspolitik**.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Hier werden wir aufpassen müssen, dass daraus nicht ein Mischmasch zwischen nationalen Kompetenzen und europäischen Kompetenzen entsteht, aber auch das muss sich einspielen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir sind zufrieden, dass es gelungen ist, entgegen dem EU-Konvents-Entwurf jetzt wieder deutlich zu machen, dass die **Wirtschafts- und Finanzpolitik** von den Mitgliedstaaten und nicht von der EU koordiniert wird; das war eine sehr unklare Formulierung. Ich glaube,

Dr. Angela Merkel

- (A) angesichts der Kompetenzverteilung ist es wichtig, dass die Mitgliedstaaten dies tun, und das ist jetzt wieder sichergestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will ausdrücklich sagen, dass die Haltung der Bundesregierung zum **Stabilitätspakt** nach wie vor undurchsichtig bleibt und dass alle Initiativen, die von der Bundesregierung ausgegangen sind, im Grunde auf eine Schwächung des Stabilitätspaktes hinausgelaufen sind.

(Peter Hintze [CDU/CSU]: So ist es!)

Das findet nicht unsere Unterstützung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es ist selbstverständlich, dass man in einem Verhandlungsprozess nicht alle Ziele durchsetzen kann. Ich sage aber für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass die Frage der Verankerung der christlichen, jüdischen Wurzeln in einem solchen Verfassungsvertrag für uns auf der Tagesordnung bleiben wird. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir, wenn Europa in einer globalen Welt eine Rolle spielen will, gefragt werden: Was sind eure Wurzeln, was sind eure geistigen Grundlagen? Die **Verankerung des christlichen Erbes** ist für uns in diesem Zusammenhang nach wie vor ein Punkt, von dem wir nicht ablassen werden und den wir in den nächsten Jahren immer und immer wieder vorbringen werden. Wir müssen lernen, uns wieder zu unseren eigenen Wurzeln zu bekennen. Die Zeiten haben sich geändert.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Herr Bundeskanzler, ich kenne die französische und die belgische Diskussion, aber ich glaube, dass sich die Herausforderungen, vor denen wir stehen, seit der Zeit der Aufklärung verändert haben. Deshalb müssen wir die Diskussion wagen können, wie wir nach 200 Jahren wirklicher Trennung von Kirche und Staat Europa durch seine Verfassung wieder mit seinen Grundwerten verbinden. Das kann nicht sakrosankt sein, nur weil diese Trennung vor 200 Jahren einmal so festgelegt wurde. Ich bin nicht unoptimistisch, dass wir an dieser Stelle Erfolge erzielen können. Das ist ein dickes Brett, aber es lohnt sich, dieses dicke Brett zu bohren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir finden es positiv, dass sich die **Zahl der Abgeordneten im Europäischen Parlament** künftig stärker an der Bevölkerungsgröße der Mitgliedstaaten orientieren soll. Dass als konkrete Antwort auf dieses grundsätzliche Bekenntnis Deutschland nun drei Parlamentssitze verloren hat, gehört nicht zum logischen Teil des Verfassungsvertrags, aber es war sicherlich im Zusammenhang mit dem Gesamtkompromiss notwendig. Logisch erklärbar ist das vor Ort nicht, wenn wir davon schwärmen, dass die Zahl der Parlamentssitze an die Bevölkerungsgröße gekoppelt ist.

(Franz Müntefering [SPD]: Bei der CDU sind sie verloren gegangen! Das ist doch nicht schlimm!)

Der Einfluss des Europäischen Parlaments bei der **Wahl des Kommissionspräsidenten** hat in der Verfassungsdiskussion ebenfalls eine Rolle gespielt. Wir haben schon 1999 nach der Europawahl gespürt, dass es für die Menschen schwierig ist, zu verstehen, dass die Parteien-gruppierung – bei der Europawahl werden nun einmal Parteien gewählt, das ist halt so; das hat nichts mit Parteipolitik zu tun, sondern stellt die Grundlage der Wahlen dar –, die die stärkste Kraft ist, auf die Struktur und das Aussehen der Europäischen Kommission keinen Einfluss haben soll. Das können Sie in einer Demokratie niemandem erklären.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb sind wir froh, dass es zumindest gelungen ist, im Verfassungstext zu verankern, dass das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament bei der Auswahl des Kommissionspräsidenten berücksichtigt werden muss.

Dass sich die Staats- und Regierungschefs dem Geist der zukünftigen Verfassung verpflichtet fühlen, ist mit der Benennung des portugiesischen Ministerpräsidenten zum Kommissionspräsidenten deutlich geworden. Ich begrüße seine Benennung; sie macht uns das Erklären von Europa sehr viel einfacher.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Lassen Sie mich noch ein Wort zu dem etwas verächtlich gebrauchten **Begriff des Parteipolitischen in Europa** sagen. Natürlich ist Europa – ich bin ausdrücklich Ihrer Meinung, dass Deutschland und Frankreich Motor sein müssen – ein Europa der Länder, aber es ist zunehmend auch ein Europa, in dem sich mit wachsender Integration die unterschiedlichen politischen Vorstellungen der Parteien widerspiegeln. Nicht umsonst haben die Grünen eine europaweit einheitliche Kampagne gemacht. Sie wissen, dass sich ein Europa, in dem die Grünen die Mehrheit hätten, deutlich von einem Europa unterscheiden würde, in dem die Europäische Volkspartei die Mehrheit hätte.

(Beifall der Abg. Franziska Eichstädt-Bohlig [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine sozialistische Kommissarin für Umweltfragen aus Schweden macht eine ganz andere Politik als ein Umweltminister aus Österreich oder Italien. Das ist nun einmal so.

Wenn wir diese Vertiefung wirklich wollen, dann können wir diesen Unterschieden nicht aus dem Weg gehen, sondern müssen uns dazu bekennen.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Herr Bundeskanzler, wenn die Lissabon-Strategie ein Erfolg werden soll, wenn Europa im Jahr 2010 der dynamischste und wachstumsstärkste Kontinent der Welt sein will, wird man um parteipolitische Auseinandersetzungen mit Sicherheit nicht herumkommen. Natürlich werden die Fragen, wie eine Chemierichtlinie oder eine Biopatentrichtlinie aussehen soll und wie wir uns zur Grünen Gentechnik verhalten wollen, kontrovers diskutiert werden. Wie sollte es auch anders sein? So ist es

Dr. Angela Merkel

- (A) doch auch in diesem Haus. Deshalb bekenne ich mich ausdrücklich dazu, dass ein integratives vereintes Europa auch parteipolitisch unterscheidbar sein muss; das halte ich für wichtig und richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, es wird jetzt in den verschiedenen Mitgliedstaaten ein Prozess beginnen, in dem wir uns ausführlich mit den Ratifizierungsfragen befassen. Ich begrüße, dass die Rechte der nationalen Parlamente in Deutschland – auch die des Bundesrates –, sich bei Verletzung des Subsidiaritätsprinzips einzumischen und über Klagerechte zu verfügen, ausdrücklich verankert sind. Das ist ein ganz wichtiger Bereich der Kompetenzzuordnung.

Wir sollten im **Ratifizierungsprozess** unsere Rechte deutlich machen. Ich glaube, das ist bei der erweiterten Zuständigkeit, die wir in vielen Fragen haben, für das Selbstverständnis dieses Hauses ganz wichtig. Wir brauchen – ähnlich wie in der Diskussion der Föderalismuskommission, in der wir abgegrenzte Zuständigkeiten von Bund und Ländern und Entflechtungen wollen – auch hier klare Zuständigkeitsabgrenzungen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Bundestag. Wir müssen aber da, wo es notwendig ist, einhaken können. Genau über diese Frage werden wir im Zusammenhang mit dem Ratifizierungsverfahren reden. Das ist für das Selbstverständnis dieses Hauses von größter Bedeutung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) Europa werden komplizierte Jahre ins Haus stehen. Die **Zusammenarbeit zwischen den 25 Mitgliedstaaten** muss sich erst entwickeln. Jeder von uns spürt in den Gesprächen mit den Freunden in den neuen Mitgliedstaaten, wie schwer sich diese Länder damit tun, Kompetenzen abzugeben, und wie sehr sie, nachdem sie in den Beitrittsverhandlungen sehr viel akzeptiert haben, darum ringen, nicht wieder überfordert zu werden. Es wird kein gutes Europa geben, wenn zum Beispiel Polen oder Tschechien diesem Verfassungsvertrag zum Schluss nicht zustimmt. Deshalb liegt es in unserer Gesamtverantwortung, egal wer an welchem Ort arbeitet, diese Länder zu überzeugen und nicht zu bedrohen.

Da liegt eine Gefahr. Natürlich müssen Deutschland und Frankreich Motor sein. Es darf aber niemals – das ist meine Bitte bezüglich des deutsch-französischen Verhältnisses – der Eindruck entstehen, wie der spanische Regierungschef Zapatero es gesagt hat, dass es ein Direktorium für Europa gibt. Es muss eine Partnerschaft zwischen allen Ländern geben, egal wie klein, groß, jung oder alt sie sind. Alle haben die gleichen Traditionen. Das muss der Geist von Europa sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn das gelingt, dann wird sich der Abschluss der Verhandlungen über die Verfassung als ein wirklicher Meilenstein auswirken. Wir als Deutsche mitten in Europa haben als die größte Volkswirtschaft in diesem Zusammenhang eine übergroße Aufgabe. Wir wollen dazu beitragen, dass diese Aufgabe erfüllt wird, und zwar nicht, indem wir die Probleme unter den Tisch fallen las-

sen und alles schönreden – das wäre falsch für Europa und das entspräche auch nicht dem Verständnis von einer ehrlichen Politik –, sondern indem wir sagen: Wir brauchen Europa, um unsere Interessen in der Welt durchzusetzen. In diesem Sinne werden wir die Diskussion begleiten. (C)

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Franz Müntefering, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Oh Gott!)

Franz Müntefering (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe gerade gehört, dass ein Kollege, nachdem ich aufgerufen wurde, sich auf Gott bezogen hat: oh Gott, oh Gott! Dazu will ich gleich etwas sagen.

Frau Merkel, da Sie in Ihrer Rede nicht von so viel Kontroversen gesprochen haben, will ich gleich die beiden kontroversen Dinge ansprechen, die ausgeräumt werden müssen. Erstens haben Sie etwas zu dieser religiösen Formel, also zum **Gottesbezug**, gesagt.

(Michael Glos [CDU/CSU]: „Zu dieser religiösen Formel“ – Sie distanzieren sich also!)

Ich finde, dass der Bundeskanzler sehr plausibel beschrieben hat, wie die Diskussion verlaufen ist. Sie können das ja ruhig sagen; besonders glaubwürdig und überzeugend ist das, was Sie an dieser Stelle veranstalten, aber nicht. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich empfehle Ihnen, einmal in die Bibel zu schauen.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Oh je!)

In der Bibel steht, dass man sie an ihren Werken und nicht an der Verfassung oder ihren Worten erkennt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dass Ihre Wurzeln, auf die Sie sich immer berufen, Sie als besonders gute Christen auszeichnen würden, um es einmal so zu sagen, kann ich nun überhaupt nicht akzeptieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU/CSU)

– Natürlich steckt das immer darin. Das ist ein Stück Hochmut. Sie schauen sich die anderen Parteien an und sagen: Ihr seid nicht so christlich wie wir. Das hat natürlich etwas damit zu tun, dass Sie glauben, dass das etwas besonders Gutes ist. Ich will das ja nicht bestreiten, aber ich sage Ihnen, verehrte Frau Merkel:

(Michael Glos [CDU/CSU]: So etwas ist primitiv!)

Franz Müntefering

- (A) Lassen Sie das an dieser Stelle! Ich kann nicht erkennen, dass Sie oder diejenigen, die diesen Gottesbezug als Forderung vor sich hertragen, in der konkreten Politik bei uns im Land besonders christlich oder besonders glaubwürdig auftreten. Das will ich Ihnen doch einmal sagen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Ist das primitiv! – Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Das ist nicht christlich, das ist nur primitiv!)

– Doch, doch, das muss an dieser Stelle einmal gesagt werden; denn ich weiß, dass das erst der Anfang von dem ist, was in den Veranstaltungen vor Ort erzählt wird. Darüber können wir gerne sprechen. Sie haben an dieser Stelle nicht den Alleinvertretungsanspruch.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Sie haben darauf hingewiesen, dass Sie auf Parteitag und in Ihrem Wahlprogramm Europa schon thematisiert haben. Das bestreitet ja keiner.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Oh!)

- In den ersten zehn Minuten ihrer Rede hat Frau Merkel den Versuch unternommen, zu beweisen, dass Sie die Ersten waren, die auf die Idee einer europäischen Verfassung gekommen sind. 1979 – das weiß jeder Sozialdemokrat – hat **Willy Brandt** die europäische Verfassung gefordert. Schlagen Sie einmal nach, ob einer von Ihnen noch früher einen solchen Vorschlag gemacht hat. Dann wollen wir Ihnen das gerne zugestehen. Wir und Sie haben lange über Europa nachgedacht und gesprochen. Diese kleinkarierte Beweisführung, wer als Erster diese Idee hatte, gehört nicht hierher. Das ist eine andere Dimension.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Europa – dessen sind wir uns bewusst und hoffentlich sind wir uns darin auch einig – ist die größte historische Leistung in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts gewesen.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Warum haben Sie nicht so angefangen?)

Das ist noch nicht allen geläufig. Wir Älteren sollten es an die jüngeren Menschen weitergeben. Wir Älteren haben noch erlebt, als in Europa Krieg geführt wurde, wie sich die europäischen Völker zerfleischt haben und gegeneinander aufgestanden sind. Jetzt haben wir seit gut 59 Jahren **Frieden in Europa**. Ein Blick in die Geschichtsbücher zeigt, dass es das über Jahrhunderte hinweg noch nie gab. Das ist ein gemeinsames Verdienst von uns allen, auch von Ihnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir bestreiten nicht, dass Konrad Adenauer mit seiner Westorientierung den Grundstein dafür gelegt hat, dass dieses Europa entstehen konnte. Wir bestreiten auch nicht, dass es in der Zeit von Helmut Kohl, als die deut-

sche Einheit möglich wurde, richtig war, die deutsche Einheit schnell zu schaffen. Dieses Verdienst wird bleiben; das bestreitet niemand. Das war eine der Voraussetzungen dafür, dass dieses Europa möglich wurde. (C)

Aber Willy Brandt und Walter Scheel waren es, die in den 60er- und 70er-Jahren dafür gesorgt haben, dass überhaupt einmal nach Osten geschaut wurde. Wenn es die Brandts, die Scheels, die Wehners, die Bahrs und all die anderen, die dabei waren, nicht gegeben hätte, wäre die Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa nicht möglich gewesen. Da müssen wir uns gegenseitig nichts vormachen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Nun haben wir den nächsten Schritt getan. In den Geschichtsbüchern wird stehen, dass in der Zeit der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder dieses Europa in diesem Jahrzehnt durch die gleichzeitige Verbreitung und Vertiefung einen großen Schritt nach vorn gemacht hat. Dass in diesem Europa Deutschland ein normales Land geworden ist, was es vorher nicht war – das konnten wir nicht sein, solange es die Teilung Deutschlands gab –, ist gelungen. Darauf sind wir stolz. Deshalb sage ich Dankeschön an die Bundesregierung, Dankeschön an Günter Verheugen, Dankeschön an Jürgen Meyer, der für den Deutschen Bundestag im Konvent gesessen hat. Wir alle in Deutschland können heute stolz darauf sein, dass diese Bundesregierung in dieser Weise Rechte und Pflichten unseres Landes einbringt und dafür gesorgt hat, dass dieses Europa diesen Schritt tun konnte. Das ist eine gute Seite der deutschen Geschichte. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Am 13. Juni bei der Bundestagswahl haben wir alle miteinander gemerkt, dass auch andere Dinge eine Rolle spielten; das ist wohl wahr. Dabei hat die Skepsis gegenüber Europa eine nicht so kleine Rolle gespielt.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Europawahl! – Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Das war die Europawahl! Haben Sie es gemerkt?)

– Ich sage ja, dass dabei andere Dinge eine große Rolle gespielt haben. – Man darf bei dieser Wahl am 13. Juni aber einen ganz wichtigen Aspekt nicht verdrängen. Irgendein Journalist hat dieser Tage geschrieben: Die Wahl vom 13. Juni ist vorbei und es wird noch immer über Europa geredet. Genau das ist das Problem. Wir glauben, wenn die **Europawahl** ansteht, müssten wir darüber sprechen und in der Zwischenzeit sei das kein wichtiges Thema.

Im Europäischen Parlament sitzen jetzt 100 oder 150 ausgesprochene Europaskeptiker oder Europagegner. Das ist keine gute Entwicklung. Ein Teil derer, die in Deutschland nicht zur Wahl gegangen sind – das sind sicherlich nicht die meisten –, konnte mit diesem Europa nichts anfangen und wollte sich nicht verorten. Es ist wichtig, dass wir begreifen: Dieses Europa muss gelingen. Wir müssen gerade jetzt über Europa sprechen.

Franz Müntefering

- (A) Deshalb ist es gut, dass wir heute im Deutschen Bundestag einen neuen Ansatz dazu machen. Das begrüße ich ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Jahrzehnt wird ein Jahrzehnt der Erneuerung und Modernisierung unseres Landes sein, ein Jahrzehnt Europas. Heute steht die Verfassung im Mittelpunkt. Das demokratische Europa gibt sich eine Ordnung.

Grundrechte werden fixiert, Zuständigkeiten bestimmt, Verantwortungen geklärt, Demokratie wird stabilisiert und zum Teil zum ersten Mal präzisiert; die Rolle des Europäischen Parlaments und sein Verhältnis zu der Kommission, die Aufgabe der Kommission selbst und das Verhältnis zum Ministerrat. Die demokratische Ordnung des Staatenbundes wird aktualisiert, wird angepasst, wird besser und transparenter als bisher formuliert.

Über eines sind wir uns ganz sicher einig: Das, was jetzt in der **Verfassung** aufgeschrieben worden ist, ist noch nicht perfekt. Das wird eingeübt werden müssen. Verfassungen sind nur so gut, wie sie anschließend in der Wirklichkeit gelebt werden. Es ist wichtig, sie aufzuschreiben, aber es kommt darauf an, dass die Demokratie in diesem Europa nun funktioniert.

Konkret begonnen hat die Geschichte dieser Verfassung beim Europäischen Rat in Köln im Jahre 1999. Es hat bis heute Zweifel, Rückschläge und Widerstände gegeben. Das, was zustande gekommen ist, ist eher nüchtern und realistisch. Das ist auch gut so. Es ist ein Kompromiss und stellt eine Leitplanke für das dar, was zu tun Europa sich vornimmt. Wenn diese europäische Verfassung eine solche Erfolgsgeschichte wie das Grundgesetz wird, dann hat es sich gelohnt. Daran wollen wir alle mitarbeiten.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese Bundesrepublik Deutschland, diese Demokratie, ist nicht deshalb so gut, weil das Grundgesetz damals aufgeschrieben worden ist, sondern weil wir die Verfassung gelebt haben, weil wir versucht haben, sie zu praktischer Politik zu machen. Das gilt auch für die europäische Verfassung, über die wir heute sprechen. Wir müssen sie kennen, aber wir müssen auch versuchen, sie zu leben und dafür zu sorgen, dass die Menschen begreifen, was dort aufgeschrieben worden ist.

Ich habe einen ganz konkreten und festen Wunsch, nämlich dass nach der baldigen Vertragsunterzeichnung durch die Bundesregierung der Deutsche Bundestag und der Bundesrat sobald wie möglich ihr klares Ja zu dieser europäischen Verfassung ausdrücken, dass wir sobald wie möglich im Deutschen Bundestag darüber sprechen, gemeinsam vorangehen und ein klares Zeichen setzen. Wir sollten in Deutschland nicht die Letzten sein, sondern wir sollten versuchen, bei den Ersten zu sein, die nun den Menschen in unserem Land und in Europa sagen: Jawohl, wir wollen diese Verfassung. – Lassen Sie uns das bald hier im Deutschen Bundestag auf die Tagesordnung setzen und die Verfassung beschließen!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Der Kanzler hat schon gesagt, dass in dieser Verfassung auch die Frage der Stärkung der **nationalen Parlamente** behandelt wurde. Man kann anders sagen: Das Verhältnis der nationalen Parlamente zu dem, was sich in Europa herausbildet, dieser ganz besonderen Form von Staatenbund, wird behandelt. Es ist nicht leicht, damit umzugehen. Es ist ganz wichtig, dass wir selbst begreifen, dass wir uns in diesem nationalen Parlament, dem Bundestag, intensiver als bisher mit der Frage des Verhältnisses zu Europa auseinander setzen müssen.

Die europäische Verfassung enthält die Aufforderung an die nationalen Parlamente, sich stärker in die europäische Politik einzubringen. Das ist eine gute Aussage. Das ist ein Beleg dafür, dass die Demokratie in Europa immer im Zusammenspiel der europäischen und der nationalen Ebene funktionieren muss, um wirklich Gewicht zu gewinnen. Die Stärkung des Bundestages in Fragen der europäischen Politik muss auf Kontinuität und inhaltliche Substanz ausgerichtet sein. Es darf nicht zur Fortsetzung der innerstaatlichen Blockadepolitik von CDU/CSU auf der Ebene Europas und mit den Mitteln der europäischen Politik kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Ausgestaltung neuer Mitwirkungsmöglichkeiten des Deutschen Bundestages muss zur besseren parlamentarischen Mitgestaltung und Kontrolle und darf nicht zur Verhinderung und Blockade von Politik führen. Wir wollen Fortschritte und nicht Rückschritte in der europäischen Politik und in der Rolle des Bundestages erreichen. Dafür müssen wir einerseits die bestehenden Rechte nutzen, die uns unser Grundgesetz gibt; andererseits müssen wir die in der EU-Verfassung enthaltenen neuen Möglichkeiten in Verbindung mit dem Frühwarnmechanismus zur Subsidiaritätskontrolle konstruktiv umsetzen. Die Frage der Subsidiarität ist ganz wichtig. Sie muss vor allem nach innen wirken, um unser Parlament insgesamt europafähiger zu machen. Dazu haben Bundestagsabgeordnete der SPD konkrete Vorschläge unterbreitet, die jetzt Grundlage gemeinsamer Beratungen aller Fraktionen im Deutschen Bundestag sind. Ein bisschen weniger abstrakt ausgedrückt: Wir müssen in diesem Parlament intensiver und früher als bisher zur Kenntnis nehmen, was auf europäischer Ebene angebracht und vorbereitet wird. Wir müssen uns in unserer parlamentarischen Arbeit mit der notwendigen Seriosität damit auseinander setzen.

(D)

Wenn wir auf der nationalen Ebene darauf Einfluss nehmen wollen, was in Europa geschieht, dann sollten wir nicht abwarten, bis die Überlegungen in der Europäischen Kommission oder vielleicht auch im Europäischen Parlament ein Stadium erreicht haben, in dem sie nicht mehr in der notwendigen Weise beeinflusst werden können. Wir wollen die Rolle des nationalen Parlaments, des Deutschen Bundestages, innerhalb des sich neu organisierenden Europas stärken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Franz Müntefering

- (A) Deshalb wird es sehr wichtig sein, dass wir einen Weg finden, um dieser neuen Aufgabe gerecht zu werden. Daran werden wir in den nächsten Monaten und Jahren gemeinsam arbeiten müssen.

Das wichtigste Amt im europäischen Staatenbund ist das des **Kommissionspräsidenten**. Ministerpräsident Barroso wird mit Unterstützung rechnen können. Ich gehe davon aus, dass das auch für das Europäische Parlament gilt. Frau Merkel hat eben festgestellt, es gebe eine konservative Mehrheit im Europäischen Parlament. Das ist aber ein Irrtum, Frau Merkel. Ein Blick auf die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament zeigt, dass es keine Mehrheiten gibt, weder auf der einen noch auf der anderen Seite. Das hat etwas mit dem Block der 100 bis 150 Skeptiker zu tun, den ich eben schon angesprochen habe.

Ministerpräsident Barroso wird unsere Unterstützung bekommen. Das gilt natürlich auch für Günter Verheugen, der – ich will in diesem Zusammenhang weitergehen als der Bundeskanzler – der Europäischen Kommission an einer zentralen und sehr wichtigen Stelle angehören sollte. Ich bin sicher, dass er für uns in Deutschland und in Europa seiner Arbeit in guter und bewährter Weise nachkommen wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: In Deutschland war er nicht so angesehen!)

- (B) Dass es irgendwann auch einen europäischen Außenminister geben wird, begrüßen wir alle. Das kann auch ruhig ein altes europäisches Gesicht sein. Ich meine, Solana wäre an der Stelle eine gute Empfehlung.

(Dr. Angela Merkel [CDU/CSU]: Altes Gesicht? Was ist denn jetzt los!)

– „Alt“ ist in diesem Zusammenhang ein gutes Wort, das man ruhig gebrauchen kann.

(Beifall des Abg. Horst Kubatschka [SPD])

So wichtig die Verfassung ist, müssen die Menschen auch erfahren, dass sie etwas von Europa bzw. vom Frieden und Wohlstand in Europa haben. Deshalb möchte ich einige Anmerkungen zu den Inhalten machen, die sie damit verbinden.

Es bleibt bei der Aufgabe und dem Ziel, die **Vorgabe von Lissabon** in die Realität umzusetzen, das heißt, dass sich die Europäische Union auf den Weg macht, bis zum Jahr 2010 die leistungsfähigste, wirtschaftsstärkste und wettbewerbsfähigste Wirtschaftsregion der Welt zu werden.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Wenn nur Deutschland nicht wäre!)

Das werden wir nur dann schaffen, wenn wir tatsächlich, wie vorgesehen, 3 Prozent des Gesamthaushalts für Bildung, Forschung und Wissenschaft einsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (C) Das wiederum werden wir nur dann erreichen können, wenn wir in unserem Land selbst vorangehen und dafür sorgen, dass diese Mittel in die Zukunftsfähigkeit dieses Landes und Europas investiert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wissen, dass kein Land in Europa – auch nicht die Bundesrepublik Deutschland; so stark wir auch sind – seinen Wohlstand alleine gegenüber anderen großen Wirtschaftsregionen der Welt behaupten kann, die sich längst organisiert haben.

Dieses Europa bietet eine unglaubliche Chance, die Fähigkeiten und Potenziale der 450 Millionen Menschen – bald werden es noch mehr sein –, die zu diesem Europa gehören, zukunftsfruchtig zu nutzen. Dabei geht es an vorderster Stelle um Bildung, Ausbildung, Qualifizierung, Forschung und Technologie sowie um die Umsetzung in Arbeit, die daraus für Europa entstehen kann.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Darüber müssen wir diskutieren. Denn – ich wiederhole es – die Verfassung ist zwar wichtig, aber die Menschen in unserem Land müssen wissen, dass sie etwas von Europa haben. Die Menschen können mit Recht erwarten, dass wir für Frieden und Wohlstand Sorge tragen. Für uns Sozialdemokraten gehört auch dazu, dass die Tradition des europäischen Sozialstaatsmodells bzw. die Idee eines **Sozialstaats**, die in vielen europäischen Ländern verwirklicht wurde, aufrechterhalten wird.

- (D) Das Europa in seiner heutigen Gestalt trägt trotz aller Verirrungen des letzten Jahrhunderts eine tiefe sozialdemokratische Prägung aus dem vorvergangenen Jahrhundert. Das hat sich auch in den einzelnen Ländern ausgewirkt. Diese Art des Umgangs mit dem Spannungsverhältnis zwischen Eigenverantwortung und Gemeinwohl wollen wir nicht aufgeben. Wir wollen, dass auch in Zukunft in Deutschland und – so weit wie möglich – in Europa die Grundidee des Sozialstaatsmodells besteht. Das heißt, wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der zwar jeder Einzelne gefordert ist und als Erstes selbst verantwortlich ist, in der es aber auch Gemeinwohl gibt, das staatlich mitorganisiert wird. Das gehört dazu. Das soll auch in Europa so sein.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In unserem Grundgesetz steht, dass die Bundesrepublik Deutschland ein sozialer und demokratischer Bundesstaat ist. Europa ist zwar kein Bundesstaat. Aber die Begriffe „sozial“ und „demokratisch“ sollten auch auf Europa zutreffen. In Europa wird bald mehr Freizügigkeit als heute herrschen. Dabei müssen aber die **Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** im Blick behalten werden. Es geht um Teilhabe, wie der Bundeskanzler gesagt hat. Ich glaube, dass es in dieser Zeit verhängnisvoll für das Ansehen Europas ist, dass die Menschen in Europa in Fällen von freundlichen oder feindlichen Übernahmen wie beispielsweise bei Vodafone/Mannesmann die Erfahrung machen, dass sich die Vertreter des Geldes irgendwo oben treffen, während die

Franz Müntefering

- (A) Arbeitnehmer in Deutschland, Großbritannien, Frankreich, in den Niederlanden und in Italien auf die Straße gehen und sich um ihre Arbeitsplätze Sorgen machen. Wir müssen gemeinsam eine Linie finden, die garantiert, dass die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Schwachen und Schwächeren in den europäischen Institutionen glaubwürdig vertreten werden. Das muss bei uns beginnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Das sind die Aufgaben, die wir vor uns haben. Zu diesen gehört auch, dass wir uns in der Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung Gedanken darüber machen, wie in Zukunft das Verhältnis zwischen Deutschland und Europa sein soll, wie wir unsere nationalen Interessen in Europa wahrnehmen sollen. Wir haben in Deutschland 17 Wirtschaftsminister und 17 Finanzminister. Ich möchte an dieser Stelle nichts überspitzen und auch keine Vorwürfe erheben. Aber ich sage mit allem Ernst: Wenn wir es nicht schaffen, in dem größeren gewordenen Europa die nationalen **Interessen Deutschlands** zu formulieren und gemeinsam zu vertreten – egal ob sie die Wirtschaft, die regionale Entwicklung oder die innere Sicherheit betreffen –, dann werden wir unserer Aufgabe nicht gerecht. Deutsche Kleinstaaterei wäre ungeeignet, deutsche Interessen in Europa glaubwürdig und nachhaltig zu vertreten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

- (B) Ich meine das nicht vorwurfsvoll; denn ich bin ein überzeugter Anhänger des Föderalismus. Das Prinzip des Föderalismus gilt für uns in Deutschland – ich glaube, dass damit viele Vorteile verbunden sind – und in einem gewissen Umfang auch für Europa, Frau Merkel, auch wenn ich in diesem Zusammenhang das Wort „Föderalismus“ eigentlich nicht verwenden möchte. Was sich im Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich tut – hoffentlich auch im Verhältnis zwischen Deutschland und Polen –, ist ein bisschen mit dem vergleichbar, was in unserem Lande stattfindet. In Deutschland sind Sie alle glühende Anhängerinnen und Anhänger des Föderalismus – ich glaube das Ihnen auch – und sagen: Es ist ganz gut, wenn es in Deutschland Bundesländer gibt, die ein bisschen Tempo machen, die Avantgarde sind, die nach vorne gehen, die das Ganze ziehen. Das ist richtig. Ich unterstreiche das. Aber das sollte bitte schön auch im Hinblick auf Europa gelten. Wir sollten es uns nicht nehmen lassen, zusammen mit Franzosen, Polen und anderen für Tempo in Europa zu sorgen, damit Europa weiter nach vorne gehen und den guten Weg fortsetzen kann.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Dr. Wolfgang Gerhardt, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

(C)

Dr. Wolfgang Gerhardt (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es kann nicht bestritten werden, dass das Vertragswerk, über das wir hier heute diskutieren, einen ganz bedeutsamen Integrationsschritt in einem wiedervereinigten Europa darstellt. Daran besteht überhaupt kein Zweifel. Deshalb will ich meine Redezeit jetzt nicht darauf verschwenden, noch einmal Unterschiede in den Positionen herauszuarbeiten. Wir alle stimmen diesem Vertragswerk zu. Es ist für uns ein gewichtiger Baustein.

Das eigentliche Problem ist auch nicht, ob der eine oder andere von uns, was das Subsidiaritätsprinzip oder das Institutionengefüge betrifft, weiter gehende Mehrheitsentscheidungen wünscht oder ob mancher skeptisch ist, dass das Institutionengefüge dem Parlament am Ende wirklich schon den Gestaltungswillen einräumt, den wir ihm wünschen, und ob das alles so passend ist.

Die Kernfrage ist, ob wir angesichts der Beteiligung an der Europawahl die Fähigkeit haben, das den Gesellschaften in Europa zu vermitteln,

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

ob die politischen Eliten in Europa fähig, willens und in der Lage sind, diese Bedeutung ihren Bürgerinnen und Bürgern näher zu bringen.

- Das haben wir bis heute nicht überzeugend geschafft. Für die Mehrheit der Bürger hat dieses Europa noch immer kein Gesicht. Sie treten ihm eher mit Skepsis entgegen. Sie haben die ganze Geschichte, die der Kollege Müntefering hier vorgetragen hat – Stichwort Frieden –, eigentlich schon nahezu emotionslos vergessen und holen sie sich nicht mehr ins Gedächtnis zurück.

(D)

Die politischen Eliten Europas – dieselben, die dieses Vertragswerk verhandelt haben und die sich nun bemühen, Repräsentanten in das Institutionengefüge zu senden – haben nach meiner Überzeugung und nach der Überzeugung der Bundestagsfraktion der FDP große Defizite im **politischen Gestaltungswillen**.

(Beifall bei der FDP)

Europa hat jetzt eine geschriebene Verfassung. Auch wir haben eine geschriebene Verfassung, das Grundgesetz. In der Geschichte hat sich aber immer gezeigt, dass eine geschriebene Verfassung allein nicht genügt, wenn die, die sie tragen sollen, nicht Gestaltungswillen entwickeln. Jetzt handelt es sich darum, Europa ein Gesicht zu geben und – das füge ich hinzu – mit einem Stück welt-politischem Kalkül vorzugehen. Europa muss aus den Kinderschuhen heraus; es mangelt ihm an geostrategischer Orientierung. Weltpolitisch ist es immer noch so, als ob wir mit erhobenem Zeigefinger auf dem Beifahrersitz sitzen, anstatt im Vorhinein abgestimmte eigene Initiativen einzubringen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

Dr. Wolfgang Gerhardt

- (A) Nur wenn das geschieht, haben wir die richtige Konsequenz aus dem Vertragswerk gezogen. Das Vertragswerk ist nicht alles. Es fordert uns zum Handeln auf. Die politischen Eliten Europas brauchen einen wirklichen, auch strategischen Gestaltungsehrgeiz und das müssen sie auch den Bürgerinnen und Bürgern deutlich machen.

Die Vereinigung Europas bringt mit sich, dass an der Peripherie jetzt Krisenregionen sind. Die **Sicherheitspolitik Europas** muss neu bestimmt werden. Wenn wir sie nicht entwickeln, dann wird das unsere eigene Sicherheit und die der Bürgerinnen und Bürger in Europa gefährden. Die jetzige Ausdehnung Europas steht für den Willen zu einem Stück regionaler Stabilitätspolitik. Man redet in Europa darüber, wie dieser Wille sicherheitspolitisch untermauert werden kann. An dieser Stelle wird unser Defizit deutlich, weil wir uns einfach nicht zutrauen, zu sagen, dass für ein so großes und weltpolitisch bedeutsames Europa diplomatische Wirkungen und Zivilmachtkonzepte allein am Ende möglicherweise nicht reichen und zur Wirkungslosigkeit verurteilt sind, wenn wir entsprechende sicherheitspolitische Fähigkeiten nur auf dem Papier entwickeln.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen mit diesem Verfassungsvertragsentwurf und mit dem, was vereinbart worden ist, etwas anfangen. Europa ist für uns natürlich nicht nur ein Binnenmarkt, also nicht nur das Europa der Händler, der Krämer und des Warenaustausches. Die Lissabon-Strategie ist eine Antwort. Diese Antwort steht aber auf dem Papier.

- (B) Eine der größten Volkswirtschaften dieser Welt – wir haben die Ehre, sie in diesem Parlament zu vertreten – ist der entscheidende Hemmschuh im Hinblick auf die Entwicklung der Wachstumsraten und auf den Arbeitsmarkt in Europa. Wir, die politische Führung in der Bundesrepublik Deutschland, haben die Aufgabe, dieses Problem zu lösen.

Der Kollege Müntefering hat es so ausgedrückt: Das muss ein Europa des Friedens und des Wohlstands sein. Dagegen ist gar nichts zu sagen. Der gegenwärtige deutsche Beitrag zum Wohlstand in Europa ist der ärmlichste, den eine deutsche Bundesregierung je erbracht hat.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das heißt, wir müssen mit dem Institutionengefüge und dem Verfassungsvertrag auch etwas anfangen. Wir brauchen ein **Wettbewerbseuropa**. Wir brauchen kein Sozialstaatseuropa, in dem von oben herab diktiert wird und in dem überall die gleichen Steuersätze gelten. Das macht die Menschen unmündig. Das verbietet es den Nationen geradezu, in einen Wettbewerb einzutreten. Wir sollten in Europa wettbewerbliche Strukturen und freiheitliche Strukturen aufbauen. Wir sollten nicht Beschwichtigungsstrukturen und Ordnungsstrukturen von oben herab verordnen mit dem Ziel, möglichst wenig Wettbewerb zu haben, weil wir in Schwierigkeiten sind. Das glatte Gegenteil ist für die Bundesrepublik Deutschland notwendig.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen also: eine klare Perspektive und das Engagement der politischen Führung! (C)

Wer heute das Institutionengefüge betrachtet, kann keine sichere Prognose darüber abgeben, welche Institution am Ende überwiegen wird. Es kann sein, dass die Veränderungen in der Präsidentschaft – eine längere personelle Kontinuität an der Spitze Europas – dann, wenn der **Kommissionspräsident** nicht stark genug ist, in der praktischen Ausprägung wieder mehr zu intergouvernementalen Ansätzen und weniger zu weiteren Integrationsschritten führen. Die Gefahr besteht. Es kommt auf die Personen an, die in das Institutionengefüge hineingesetzt werden.

Bei aller Begrüßung des Personalvorschlags für die Spitze der Kommission will ich hier sagen: Wir erwarten einen starken Präsidenten an der Spitze der Kommission.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Sehr wahr!)

Wir wünschen dem portugiesischen Regierungschef, dass er diese Persönlichkeit an der Spitze der Kommission sein wird; wir hoffen es.

Wir als Bundestagsfraktion der FDP haben ein klares Interesse an weiteren Integrationsschritten. Wenn wir das haben, kommt es auf das Gewicht der Kommission an. Wenn sie Gewicht entwickeln will – das ist ein ganz entscheidender Punkt, der hier erwähnt werden muss –, muss das an der Spitze anfangen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben nichts gegen den Vorschlag Günter Verheugen einzuwenden. Ich sage das sehr bewusst. Er war Mitglied unserer Partei. Er ist zu den Sozialdemokraten gewechselt. Er hat als Erweiterungskommissar einen guten Job gemacht. Ihm gebühren Respekt und Anerkennung. Wir haben aber etwas gegen eine Konstruktion, die mit diesem Personalvorschlag für die Kommission oft verbunden wird, nämlich durch die Hintertür wieder ein Stück **Industriepolitik** auf europäischer Ebene zu installieren. Herr Bundeskanzler, wir wissen, dass jeder seine eigene Industriepolitik macht. Sie haben Ihre Vorstellung; der französische Staatspräsident hat seine. Wenn wir Europa weiterbringen wollen, muss es eine Wettbewerbslandschaft und darf es nicht ein Europa alter Industriepolitik sein. Das muss dann auch in der Kommission seinen Ausdruck finden. (D)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Am Ende werden das Institutionengefüge und der Verfassungsvertragsentwurf nur durch die Personen ein öffentliches Bild bekommen. Wenn wir Glück haben, gelingt das. Es muss unser Interesse sein, dass wir dabei Erfolg haben. Wir können hier nicht große Europadebatten führen und uns überall bemühen, die Menschen zu überzeugen, ohne zur Kenntnis zu nehmen, dass uns bei schwindender Wahlbeteiligung dieser Gestaltungswille noch nicht gelungen ist. Das ist eine schmerzhaft Erfahrung gewesen. Wer sich Europa als Konsequenz aus den Bruderkriegen des vergangenen Jahrhunderts vorstellt und dann diese Wahlbeteiligung sieht, die ja auch ein Indikator für eine Vorstellung von Europa und für eine

Dr. Wolfgang Gerhardt

- (A) emotionale Bindung ist, der kann nur sagen, dass für die politischen Eliten in den europäischen Ländern immer noch mehr Herausforderungen bleiben, als Danksagungen wegen des Verfassungsvertragsentwurfs auszusprechen sind.

Der Verfassungsvertragsentwurf ist richtig. Er ist ein Integrationsschritt. Aber die eigentlichen Aufgaben kommen noch. Die Kernaufgabe wird sein, dass wir in Europa allmählich lernen, aus den weltpolitischen Kinderschuhen herauszukommen und wirklich internationalen Gestaltungswillen zu entwickeln.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir den Gesellschaften das vermitteln könnten, dann hätten wir die Hauptaufgabe geleistet.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Bundesaußenminister Joschka Fischer.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen:

- (B) Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich darüber, dass es trotz aller Unterschiede unter den bisherigen Rednerinnen und Rednern doch eine große Übereinstimmung darüber gibt, das Resultat der Regierungskonferenz und des Konvents, nämlich den Verfassungsvertrag für die erweiterte Europäische Union, durchweg als positiv anzusehen. Ich entnehme dem zugleich – das freut die Bundesregierung überaus –, dass wir hier mit einer breiten Zustimmung zum Ratifizierungsgesetz rechnen können; ich hoffe auch, dass die Ratifikation schnell erfolgen wird. In der Tat, dieser Verfassungsvertrag ist für die erweiterte Union von überragender Bedeutung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, einmal kurz in die **Verfassungsgeschichte** einzutauchen. Eine Verfassung steht erst einmal auf dem Papier. Natürlich sind zunächst institutionelle Regelungen und Verfahrensentscheidungen von eminent großer Bedeutung. Wer von den im Jahre 1948/49 Lebenden hat damals außer denjenigen, die es kraft Profession und politischer Berufung tatsächlich interessiert hat, aktiven Anteil an den Ergebnissen der Konferenz in Herrenchiemsee genommen? Vertiefen Sie sich einmal in die Verfassungsgeschichte der Vereinigten Staaten. Der damals stattgefundene Verfassungsprozess gilt ja heutzutage als großes historisches Vorbild. Sie werden feststellen, dass dieser Prozess damals alles andere als ein populäres Thema war, das eine Masse an Menschen interessiert hat. Dennoch ist dieses Vorbild als Maßstab unverzichtbar. Deshalb wird es ganz entscheidend darauf ankommen, dass wir bezüglich dieser Verfassung, die wir noch nicht haben – manche haben hier so argumentiert, als hätten wir sie schon –, gesamteuropäisch, das heißt unter Einbeziehung aller Teile

- der Europäischen Union, sehr intensiv darüber nachdenken, wie wir den Prozess so organisieren können, dass die Verfassung in der Tat in allen Mitgliedstaaten ratifiziert und tatsächlich Wirklichkeit wird. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Die zweite Frage ist die der Ausfüllung in der politischen Wirklichkeit. Darauf sollten wir in Zukunft das Hauptaugenmerk lenken. Ohne jetzt auf die Details des Verfassungsprozesses einzugehen, glaube ich, dass neben der irischen Präsidentschaft ausdrücklich auch der italienischen zu danken ist. Lassen Sie mich noch einmal festhalten: 90 Prozent des Verfassungsvertrages sind während der italienischen Präsidentschaft konsentiert worden. Insofern konnte die irische Präsidentschaft auf den Vorarbeiten der italienischen aufbauen.

Verschiedene Rednerinnen und Redner haben ja zu Recht darauf hingewiesen, dass wir uns auch fragen müssen, was die Menschen unter Europa verstehen. Es wird zwar zu Recht gesagt, dass die geringe Wahlbeteiligung ein Warnsignal war. Ich teile aber nicht die Auffassung, dass damit eine Skepsis gegenüber Europa verbunden ist. Warum nicht? Weil ich im Wahlkampf den Eindruck gewonnen habe, dass Europa für viele Menschen eine sehr große Bedeutung hat. Die Leute sind nicht dumm. Sie begreifen sehr wohl, dass die Fragen der inneren Sicherheit, der äußeren Sicherheit, der Wettbewerbsfähigkeit und der Zukunft der Arbeitsplätze heute aufs Engste mit Europa zusammenhängen.

- (D) Entscheidend ist eine klare Kenntnis der Rollenverteilung zwischen **Europa** und den **Nationalstaaten**. Die Leute fragen sich sehr wohl, wo die Unterschiede liegen, wer sie in Europa vertritt, ob dieses Europa ein Gesicht hat und wer in der Kommission sitzt. Es ist doch tatsächlich so, dass sich die Menschen in der Außen- und Sicherheitspolitik immer noch an die nationale Ebene halten. Dafür sind der Bundeskanzler, der Bundesaußenminister, der Bundesverteidigungsminister und die Entwicklungshilfeministerin zuständig. In der Wirtschaftspolitik hält man sich ebenfalls an die nationale Ebene, genauso in Fragen der inneren Sicherheit. Das heißt, Europa wird immer wieder auf die gewählten Repräsentanten heruntergebrochen, die man kennt, also auf die jeweilige nationale Öffentlichkeit. Daraus aber den Schluss zu ziehen, die Menschen würden Europa nicht begreifen, halte ich für einen ganz großen Irrtum.

Ich will Ihnen ein Beispiel geben: Nach dem furchtbaren Verbrechen in Madrid hat doch jeder im Volk sofort begriffen, dass es, wenn die Spur zu al-Qaida führt, nicht nur Spanien betrifft. Es hat jeder sofort begriffen, dass wir unsere innere Sicherheit im zusammenwachsenden Europa nicht ausschließlich national definieren können. Die Frage der institutionellen Umsetzung, also wer dafür in Zukunft in Europa steht, ist die brennende politische Frage.

In diesem Zusammenhang muss ich auf Frau Merkel eingehen. Ich habe überhaupt nichts gegen **Parteipolitik**, aber Europa ist ein Europa der Bürger und der Staaten. Wir alle wissen, dass es eine hässliche Seite der

Bundesminister Joseph Fischer

- (A) Parteipolitik gibt; das betrifft alle Parteien. Es gibt aber auch eine sehr konstruktive und wichtige Seite der Parteipolitik. Ich frage mich dabei nur, ob das Entscheidungsverfahren, das jetzt zur Auswahl eines Kommissionspräsidenten geführt hat, zur guten Seite der Parteipolitisierung Europas gehört. Ich meine: Nein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Die These, man könne das Funktionieren von Europa anhand dieses Entscheidungsverfahrens besser erklären, halte ich für völlig falsch. Wenn man das tatsächlich wollte – lassen Sie mich das schon einmal mit Blick auf die nächsten Europawahlen festhalten –, dann müssten die politischen Lager jeweils deutlich erkennbar sagen, wer ihr Kandidat oder ihre Kandidatin für das Amt des Kommissionspräsidenten ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Aber es kann nicht sein, dass die Parteipolitisierung im Hinterzimmer hängen bleibt; denn damit tut man Europa meines Erachtens nichts Gutes, sondern im Gegenteil sehr viel Schlechtes.

Wenn man die Parteipolitisierung wirklich will, muss man entsprechende Schritte gehen. Selbstverständlich spielen dabei die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten eine Rolle; da wird es keine Parallelität geben.

- (B) Ich denke, dass die Verfassung eine große Chance bietet, diesen Schritt zu gehen. Ob wir mit dieser Kommission und dem Europäischen Parlament tatsächlich Voraussetzungen für eine bessere Erkennbarkeit der europäischen Verantwortung und damit **Identifizierbarkeit europäischer Politik** schaffen können, das wird die Zukunft zeigen. Ganz gewiss aber muss der Bundestag seine inneren Verfahren ändern; denn es kommt ganz entscheidend darauf an, dass er seine Frühwarnrolle, seine Rolle in der Subsidiaritätskontrolle ernst nimmt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich denke, dass auch aus dem nationalen Parlament heraus ein Politisierungsprozess stattfinden kann, der von eminenter Bedeutung ist.

Eine der Herausforderungen, die jetzt vor uns liegen, ist der **Ratifikationsprozess**. Ich habe sehr sorgfältig zugehört. Frau Merkel, Sie haben sich hier etwas apokryph geäußert; der tiefere Sinn Ihrer Worte ist mir verschlossen geblieben. Ich hoffe nicht, dass dahinter steckt, dass die Union meint, irgendwelche Bedingungen an die Ratifikation knüpfen zu können. – Sie schütteln den Kopf; damit ist das abgehakt.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Was wäre dann, Ihre Heiligkeit? – Heiterkeit)

– Ich hielte das für keine gute Idee. Sie müssten versuchen, das durchzusetzen, und würden damit scheitern.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Sie brauchen aber unsere Stimmen!)

Aber ich finde es gut, dass Sie mich „Heiligkeit“ nennen; das ist wirklich hervorragend. (C)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich sehe, die CSU ist schnell lernfähig.

(Zuruf von der CDU/CSU: Scheinheiligkeit!)

– Meinetwegen auch Scheinheiligkeit; das ist egal. Von Scheinheiligkeit verstehen Sie mehr als ich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

Ich möchte auf die Punkte zurückkommen, um die es in Zukunft gehen wird. Es gibt einen großen Konsens darüber, dass nach der Ratifizierung die Politiken im Vordergrund stehen werden. Dabei wird die Umsetzung der **Lissabon-Strategie** meines Erachtens von überragender Bedeutung sein.

Bei allem Respekt: Wir haben viel zu tun, auch in unserem Land. Gestern haben wir geklatscht, weil der Bundespräsident nicht Schwarzmalerei betrieben hat, sondern Probleme zwar benannt hat, aber mit dem nötigen Optimismus. Nach den heutigen Worten von Herrn Gerhardt jedoch scheint über uns nicht die Sonne, sondern ist dort nur dunkles Gewölk und befinden wir uns in der tragischen Situation des permanenten Rückschritts. Man muss aber doch auch darauf hinweisen, dass wir große Anstrengungen unternommen haben und weiter unternehmen werden. Europa ist im internationalen Wettbewerb einer der wichtigsten Faktoren und wird es auch bleiben. Das auszubauen ist ein wesentliches Element der Lissabon-Strategie. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

In der innenpolitischen Verengung der Diskussion bei uns wird immer so getan, als spiele die soziale Dimension keine Rolle. Ich rate dringend dazu, einmal über den Rhein zu schauen. Bei der Ratifikation durch unseren wichtigsten Partner, nämlich Frankreich, spielt das soziale Element – und zwar nicht nur in den Reihen der Linksparteien, sondern durchaus auch bei den bürgerlich-demokratischen Parteien – eine nicht unerhebliche Rolle. Wenn wir ein Interesse daran haben, die Menschen mitzunehmen, müssen wir begreifen, dass wir einerseits Wettbewerbsfähigkeit und andererseits soziale Gerechtigkeit sowie ökologische Nachhaltigkeit als Grundwerte nicht nur in der Verfassung, sondern auch in der politischen Realität verankern müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik** ist Gott sei Dank weiter, als Wolfgang Gerhardt es gerade dargestellt hat. Die EU ist durch die gemeinsame Strategie, durch die Rolle, die wir im Nahen und Mittleren Osten, in der Frage der Broader-Middle-East-Initiative und in ähnlichen Fragen bereits spielen, wesentlich besser aufgestellt, als Sie es dargestellt haben. Darüber hinaus ist der gemeinsame Raum des Rechts und der Sicherheit in Richtung eines Tampere II von großer Bedeutung.

Bundesminister Joseph Fischer

- (A) Wir haben jetzt die große Chance, weitergehen zu können, weil wir garantierte Grundrechte haben. Insofern finde ich das Verhalten einiger ziemlich kleinkariert. In Maastricht hatten diejenigen, die nicht für den Euro waren, zumindest überhaupt kein Problem damit, Helmut Kohl und der Bundesregierung für das zu danken, was sie damals erreicht haben.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Damals ging es nicht um die Türkei!)

– Bei der Verfassung geht es auch nicht um die Türkei. Aber da Sie das Thema Türkei gerade ansprechen: Die CSU – ich nehme die CDU bewusst aus – hat mit dem Thema **Türkei** überaus erfolgreich Wahlkampf gemacht, wie man an Ihren Wahlergebnissen in Bayern sehen kann. Sie haben ein eindeutiges Minus zu verzeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Glos, auch in diesem Punkt sind die Menschen klüger. Jeder weiß, dass es bei der Türkei nicht darum geht, dass sie heute beitrifft. Man muss schon wirklich zur CSU gehören und gehörig etwas auf den Augen haben, um nicht zu begreifen, welche gewaltigen Fortschritte jetzt unter der AKP-Regierung in der Türkei erzielt wurden, angefangen bei der Umsetzung der Kopenhagener Kriterien bis – das hätte ich vorher nicht für möglich gehalten – zu einer konstruktiven Haltung im Zypernkonflikt, wodurch die Türkei zur Lösung uralter Konflikte im östlichen Mittelmeerraum beiträgt.

- (B) Nehmen Sie nur die Abschaffung der Todesstrafe und die Strafrechtsreform!

(Michael Glos [CDU/CSU]: Das tut doch jedes zivilisierte Land!)

Seit Gründung der Türkischen Republik gibt es jetzt erstmals Fernsehsendungen in Minderheitensprachen, unter Einschluss der kurdischen Sprache. Die ehemaligen kurdischen Abgeordneten, die zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden, sind heute alle frei.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Das ist doch alles selbstverständlich, Herr Fischer! Das müssen Sie doch wissen! Die Menschenrechte sind verbindlich, ob man in der EU ist oder nicht! Hören Sie doch auf!)

– Herr Glos, Sie wollen keine ernsthafte Diskussion führen, sonst würden Sie anerkennen, dass die Türkei gewaltige Fortschritte gemacht hat, nachdem sie eine Beitrittsperspektive bekommen hatte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Sie wollen keine ernsthafte Diskussion, sondern nur Ihre im Grunde genommen antitürkische Ideologie hier ausbreiten. Das wird nicht funktionieren; die Menschen sind nicht dumm. Es ist ein langfristiger Beitrittsprozess. Wir werden diesen Weg entschlossen weitergehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wir sind der Meinung, dass die für die Europäische Union entscheidende Sicherheitsfrage in diesem Raum entschieden wird. Seit Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und – das vergessen Sie immer – Franz Josef Strauß bestehen entsprechende Zusagen. Helmut Kohl, Theo Waigel und Klaus Kinkel haben diese Zusagen 1997 in Luxemburg wiederholt. Wir haben sie bestätigt und in Helsinki und in Kopenhagen operativ umgesetzt. Die Ergebnisse sind beachtlich positiv. Diesen Weg gehen wir weiter, weil wir Frieden und Stabilität in der Zukunft dieses gemeinsamen Europas für unsere Menschen wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Dieses Thema wird Gegenstand von zukünftigen Diskussionen bleiben. Wahlergebnisse sind in dieser Hinsicht sehr lehrreich.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Ja!)

Meine Partei ist in Bayern mit dieser Position offen im Wahlkampf angetreten. Wir können uns über das Ergebnis nicht beschweren. Sie sind offen angetreten mit der Gegenposition. Wenn Sie Realisten sind und rechnen können, dann werden Sie feststellen, dass Sie erhebliche Verluste zu verzeichnen haben.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Mit der Verfassung haben wir die große Chance, das erweiterte Europa handlungsfähig zu machen.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Aber die SPD ist zur Splitterpartei geworden! Darum geht es doch! – Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: 19 Prozent!)

– Herr Müller, gehören Sie nicht zur CSU München? Jedenfalls müssten Sie wissen, dass die dortige CSU ganz andere Probleme hat. Das findet doch alles im Gerichtssaal statt, oder sehe ich das falsch?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Das Wahlergebnis der CSU München ist wirklich beachtlich.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Wenn die Verfassung ratifiziert wird – ich bin sicher, dass sie ratifiziert wird –, haben wir die große Chance, das erweiterte Europa politisch handlungsfähig zu machen, es politisch zu integrieren und das Einigungswerk in den vor uns liegenden zwei Jahrzehnten tatsächlich zu vollenden. Damit können wir Europas Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit in einem gemeinsamen Europa mit Leben erfüllen und das große Friedenswerk Europäische Union tatsächlich vollenden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

(C)

(D)

- (A) **Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**
Das Wort hat der Kollege Peter Hintze, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Peter Hintze (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Franz Müntefering, hat heute gegen die Opposition die Heilige Schrift bemüht. Er zitierte – ich bringe das Zitat korrekt –: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“

(Joseph Fischer, Bundesminister: Werken! – Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Es gibt verschiedene Übersetzungen! Das sollten auch Sie wissen!)

– Herr Fischer, ich habe mir erlaubt, korrekt zu zitieren. Das können Sie nachlesen. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“ Ich finde es ausgesprochen mutig, dass Sie dieses Zitat bringen. Denn noch nie hat eine Bundesregierung in Deutschland so viele faule Früchte hervorgebracht wie die rot-grüne Regierung, die hier auf der Bank sitzt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Müntefering sprach ganz distanziert von „dieser religiösen Formel“, die man nicht erreicht habe. Worum geht es? Das Fundament Europas wird nur dann fest und stark bleiben, wenn es auf den Werten von Freiheit und Demokratie, von Rechtsstaatlichkeit und dem Bekenntnis zur Menschenwürde gegründet ist. Nichts hat Europa und das europäische Menschenbild so sehr geprägt, wie das **christliche Verständnis vom Menschen**. Deswegen ist die Forderung, dass wir in unserer ersten europäischen Verfassung auch Zeugnis darüber ablegen, worauf unsere Werte gründen, zutiefst berechtigt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich fand es auch spannend, wie Herr Müntefering über die Vorgeschichte der europäischen Einigung gesprochen hat und dass er die späten 70er- und 80er-Jahre bemühte. Erinnern wir uns: Der polnische Freiheitskämpfer Lech Walesa hat die deutschen Sozialdemokraten um Unterstützung angefleht; aber die SPD hat ihm die kalte Schulter gezeigt, weil sie die guten Beziehungen zur kommunistischen Regierung in Warschau nicht gefährden wollte. So viel zu den Themen Früchte und Vorgeschichte der europäischen Einigung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Als am 13. Dezember 1981 in Polen das Kriegsrecht ausgerufen wurde, hat Bundeskanzler Helmut Schmidt seinen Besuch in der DDR fortgeführt und ist dem dringenden Wunsch der polnischen Freiheitskämpfer, diesen Besuch abubrechen – auch wir haben ihn aufgefordert, diesen Besuch abubrechen –, nicht nachgekommen, sondern hat eine Pressekonferenz mit Herrn Honecker gehalten.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind hinter der Zeit! – Weitere Zurufe der SPD)

- Ich weiß nicht, wo wir mit Europa hingekommen wären, wenn es in den späten 70er- und frühen 80er-Jahren nach der SPD gegangen wäre. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Das ist eine „verhintzte“ Rede!)

Der Herr Bundesaußenminister hat eben eine interessante Analyse des Wahlergebnisses im Allgemeinen und des bayerischen Wahlergebnisses im Besonderen abgegeben. Herr Fischer, wenn man Ihrer Analyse des Wahlergebnisses folgt, müsste Gerhard Schröder – der Bundeskanzler ist leider nicht mehr anwesend – auf der Stelle zurücktreten. Die CSU in Bayern hat viermal so viele Stimmen bekommen wie die hier führende Regierungspartei.

(Michael Glos [CDU/CSU]: 57,4 Prozent!)

CDU und CSU haben deutschlandweit mehr als doppelt so viele Stimmen bekommen wie die hier führende Regierungspartei. Wenn man Ihren Worten folgt, also den Wähler entscheiden lässt, müsste diese Regierung schlagartig zurücktreten, lieber Herr Fischer.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie haben des Weiteren versucht, eine Ausführung der Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion bewusst misszuinterpretieren. Deswegen möchte ich im Namen der gesamten Fraktion klarstellen: Die CDU/CSU sagt klar Ja zu dieser Verfassung, weil wir wissen, dass eine Verfassung, die von 25 Staaten erarbeitet wurde, nie die volle Erfüllung aller Wünsche sein kann. Diese Verfassung bedarf aber der Ratifizierung. Im **Ratifizierungsprozess** geht es nicht nur um das Ja zur Verfassung, sondern auch um Fragen, die zum Teil in der Verfassung selbst angelegt sind: Wie gestalten wir den Frühwarnmechanismus aus? Welche Mitwirkungsrechte gibt es bei der europäischen Gesetzgebung? Wie wird die Subsidiaritätsklage gestaltet? Wie steht es um die Mitwirkung des Bundestages bei Beitritten? All diese Fragen müssen im Zusammenhang mit der Ratifizierung geklärt werden. (D)

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Nein!)

Wir können uns nicht auf folgendes Spiel einlassen: Sie nehmen unser Ja zur Verfassung dankend an und bringen den Bundestag dann mit Ihrem Demokratieverständnis um seine Mitwirkungsrechte bei diesen wichtigen Fragen der europäischen Politik.

Das wollen wir schon zusammen besprechen. Wir machen in der Tat keine Einzelforderung zur Bedingung; aber wir machen zur Bedingung, dass sich der Deutsche Bundestag in Ruhe darüber austauscht, was es im Zusammenhang mit der Verfassung zu regeln gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Das ist ja wohl das Mindeste, was Seine Heiligkeit genehmigen muss!)

Sie haben über die **Türkei** gesprochen. Hier finde ich Folgendes wichtig: Wir begrüßen – ich glaube, darüber gibt es im Deutschen Bundestag eine breite Übereinstimmung – die Reformanstrengungen in der Türkei und unterstützen diese auch.

Peter Hintze

(A) (Beifall des Abg. Michael Glos [CDU/CSU])

Diese Reformen tun der Türkei gut. Ich greife einen Zueruf von Michael Glos auf, über den sich lustig machen zu können Sie glaubten. Die Herbeiführung der Einhaltung der Menschenrechte, die Einführung der Demokratie, die Abschaffung der Folter, die Herstellung der Gewaltenteilung, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Erstellung einer funktionierenden Marktwirtschaft sind doch Dinge, die im Interesse eines jeden Menschen und eines jeden Staates auf der Welt liegen. Was ist das für eine Vorstellung von der Europäischen Union, wenn wir sagen: „Jeder, der das einführt, was wir für selbstverständlich halten, wird Mitglied der Europäischen Union“? Nein, das, was die Türkei tut, ist gut und richtig und findet unsere Unterstützung, muss aber von der Frage, ob die Türkei die Europäische Union überfordert oder nicht, getrennt verstanden werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir müssen in Ruhe darüber sprechen, ob wir uns im Hinblick auf ein 70-Millionen-Volk mit seiner politisch-kulturellen und wirtschaftlichen Situation, seinem schnellen Bevölkerungswachstum auf nach Schätzung der Europäischen Kommission bis zu 100 Millionen nach dem Jahre 2020 und mit seinen besonderen Problemen, die bestehen bleiben, auch wenn die Gesetze geändert werden – ich hoffe aber, dass auch diese Probleme eines Tages nicht mehr vorhanden sind –, in einen Beitrittsautomatismus stürzen können, wie das die Regierung offensichtlich betreibt.

(B) Auf dem Gipfel in Helsinki war es eine Fünfminutenaktion, für die Türkei den Status eines Beitrittskandidaten zu beschließen. Den Gipfel 1997 haben Sie falsch dargestellt, Herr Fischer. Das Entscheidende 1997 war, dass der damalige Beitrittsantrag der Türkei von der Regierung Helmut Kohl abgelehnt und eben nicht angenommen worden ist. Sie haben dann 1999 eine andere Entscheidung getroffen. Jetzt müssen wir in diesem Jahr entscheiden, ob es zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen kommt.

Unsere Auffassung ist, im Interesse Europas und auch im Interesse Deutschlands sicherzustellen, dass die Europäische Union die Erweiterungen, vor denen sie steht, auch tatsächlich verkraftet, dass sie die Erweiterung, die sie jetzt durchgeführt hat, auch leben kann und dass man, weil man glaubt, es irgendwann einmal versprochen zu haben, nicht etwas tut, was die Europäische Union in ihrem Charakter möglicherweise grundlegend verändert und ihre Integrationsfähigkeit überfordert. Deswegen bitten wir Sie nachdrücklich, unseren Gedanken, mit der Türkei eine **privilegierte Partnerschaft** zu entwickeln, in das Verhandlungsmandat, wenn es denn zu einem kommt, mit aufzunehmen, damit wir eine Alternative haben und in dieser Frage am Ende nicht Opfer unserer eigenen Selbstfesselung werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nun hat uns heute der Herr Bundeskanzler einen recht interessanten Einblick in sein Demokratieverständnis gegeben und uns bei der **Besetzung der Funktionen** auf

europäischer Ebene vor Parteipolitik gewarnt. Der Zuschauer am Bildschirm wird dies für eine interessante und gute Warnung halten. (C)

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Er hat bei Ihrer Rede schon abgeschaltet!)

Ich finde nur, dass hier Worte und Taten erheblich auseinander klaffen. Es war der Grundsatz aller früheren Regierungen, die Verantwortung für Europa in zentralen Fragen parteiübergreifend wahrzunehmen. Die Regierung Helmut Kohl hat beispielsweise Frau Wulf-Mathies in die Kommission entsandt, weil wir überzeugt waren, dass sie eine qualifizierte Person ist. Wir wollten, dass die damalige Opposition an dem europäischen Einigungswerk an verantwortlicher Stelle mitwirken kann.

Sie haben bisher alle Entscheidungen rein parteipolitisch getroffen.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Ausschließlich parteipolitisch!)

Beide Kommissare wurden rot-grün besetzt. Auch der Europäische Gerichtshof wurde rot-grün besetzt. Gleiches gilt für die Benennung des künftigen deutschen Kommissars. Der Posten soll mit jemandem besetzt werden, der sich zwar Verdienste erworben hat, aber eben auch langjähriger SPD-Bundesgeschäftsführer war – noch bevor man überhaupt darüber sprechen konnte. Das missbilligen wir.

Wenn man in Europa Funktionen besetzen kann, sollte man zunächst fragen, wer der Bestqualifizierte für die zu erfüllende Aufgabe ist, und dann den parteiübergreifenden Verantwortungszusammenhang suchen. Sie berufen sich auf dieses Prinzip immer dann, wenn Sie es – wie jetzt bei der Verfassung – brauchen, und verstoßen dagegen immer dann, wenn Sie das Sagen haben. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Benennung von Herrn **Durao Barroso** ist auch ein wichtiger Vorgang. Ich bin froh, dass wir es geschafft haben, dem Geist der von Ihnen beschlossenen und herbeigeführten Verfassung zum Durchbruch zu verhelfen. Wir wollen doch nicht die Wahlbeteiligung bei der Europawahl noch weiter senken, indem wir sagen: Leute, ihr könnt wählen gehen, ihr könnt es auch lassen. Was ihr wählt, ist egal; wir werden jedenfalls das durchsetzen, was wir vor der Wahl bereits ausgekungelt haben. – Ich bin froh, dass das Europäische Parlament sich das nicht hat bieten lassen.

Es ist richtig, Herr Müntefering, wir haben noch nicht die absolute Mehrheit im Europäischen Parlament – bedauerlicherweise. Aber dass wir die mit Abstand stärkste Fraktion im Europäischen Parlament bilden, wird wohl niemand bezweifeln. Wenn in der Verfassung steht, das Ergebnis der Wahlen zum Parlament sei zu berücksichtigen, dann muss das auch geschehen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schily?

(A) **Peter Hintze** (CDU/CSU):

Mit ganz großer Freude. Ich muss jetzt einmal freundlich über ihn sprechen. Er ist der Minister, der den Europaausschuss am freundlichsten behandelt. Jetzt kommt wahrscheinlich eine unfreundliche Frage, aber ich gestatte sie ihm trotzdem voller Freude. Bitte schön.

Otto Schily (SPD):

Vielen Dank, Herr Kollege Hintze. – Es kommt eine ganz freundliche Frage, für Sie vielleicht überraschend. Sie haben gerade über die Parteipolitik bei Personalfragen gesprochen. Wie beurteilen Sie denn in diesem Zusammenhang das Angebot an Herrn Ministerpräsident Edmund Stoiber, das Amt des Kommissionspräsidenten zu übernehmen?

Peter Hintze (CDU/CSU):

Das ist eine der erfreulichen Ausnahmen, die die Regel bestätigen.

(Lachen bei der SPD – Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Das war doch nie ernst gemeint von Ihnen!)

Ich habe allerdings den Verdacht, dass dieses Angebot von dem Glauben getragen war, die Antwort vorher zu kennen. Man wusste, dass Herr Stoiber sein Herz in Bayern und in Deutschland hat und dort seine politische Leidenschaft lebt.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Vor allem in Deutschland!)

(B) Es wäre natürlich schön gewesen, wenn Sie nicht jemanden gesucht hätten, von dem Sie die Hoffnung hatten, er lebe seine politische Leidenschaft weiter in Bayern und in Deutschland.

(Ute Kumpf [SPD]: Deutschland ist mehr als Bayern!)

Es wäre zum Beispiel schön gewesen, wenn wir beim Vorschlag für die Besetzung der Position des Kommissars, der die Zuständigkeiten der Kommission für Wirtschaft koordinieren soll, darüber gesprochen hätten, wer am besten geeignet wäre. Das haben Sie sicherheitshalber nicht getan. Insofern möchte ich Sie ermuntern: Suchen Sie auch in Zukunft weiter. Es gibt viele sehr qualifizierte Menschen aus dem Bereich der politischen Mitte, die Europa gut täten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Lassen Sie mich noch ein Problem grundsätzlicher Natur ansprechen. Die Europapolitik dieser Bundesregierung leidet an einer falschen Grundhaltung des Bundeskanzlers und seines Außenministers, wobei sich das Problem beim Bundeskanzler verschärft darstellt. Als er 1998 hier antrat, hat er sich stets kritisch geäußert. Er hatte mit Europa wenig im Sinn; das hat sich verbessert. Er hatte mit Frankreich wenig im Sinn; das hat sich verbessert.

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Ihnen doch schon viel zu viel!)

Aber das war es dann auch schon. In einem wesentlichen Punkt hat er mit der Kontinuität aller seiner Vorgänger

gebrochen, nämlich mit der Idee, dass Deutschland als größtes Land in der Europäischen Union die **Aufgabe des Mittlers** zwischen den Großen und Kleinen und des fairen Partners übernimmt. Das Spiel, in dem sich zwei oder drei Große einigen und die anderen dann nur noch zustimmen dürfen – nach dem Motto „Vogel friss oder stirb“ –, ist eben nicht das europäische Spiel.

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eben gerade nicht passiert!)

Das ist der grundsätzliche Konstruktionsfehler in der Europapolitik dieser Bundesregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es gibt einen zweiten interessanten Punkt. Der Bundeskanzler hat gesagt: Wir haben jetzt mehr Stimmen im Rat, dafür haben wir halt ein paar Parlamentssitze im Europaparlament für Deutschland abgegeben. Was bedeutet das konkret? Es bedeutet konkret, dass das größere Gewicht für die Regierung im Rat – wir hoffen, davon später zu profitieren – mit einer Schwächung der Stimme der Wähler bezahlt wurde. Die Wähler können in Zukunft über weniger bestimmen, während das Gewicht der Regierung stärker wird.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Hintze, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Glos?

Peter Hintze (CDU/CSU):

Mit allergrößter Freude, Frau Präsidentin.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Das ist doch Kasperletheater!)

Michael Glos (CDU/CSU):

Herr Kollege Hintze, Sie haben gerade noch einmal beschrieben, wie die SPD bzw. diese Regierung mit der Opposition umgeht. Glauben Sie, dass ich den bayerischen Ministerpräsidenten richtig beraten habe, indem ich ihn an seine Absicht, sich an sein Wahlversprechen zu halten, nämlich in erster Linie für die bayerischen und deutschen Wähler zur Verfügung zu stehen, erinnert und ihm gesagt habe:

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Das hören wir gern! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie stehen bei den bayerischen und deutschen Wählerinnen und Wählern im Wort? Es gibt Politiker, die sich an ihr Wort halten.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Passen Sie mal auf die Mimik von Frau Merkel auf!)

Herr Kollege Hintze, können Sie diesem Hohen Hause bestätigen, dass das Verhalten der SPD und ihres fairen Partners nicht eben konzilient war, was einen fairen Ausgleich mit der knapp unterlegenen Union – ich erinnere beispielsweise an die Bundestagsvizepräsidentenfrage – angeht,

(Markus Meckel [SPD]: Das ist Lex Schäuble!)

Michael Glos

- (A) und dass man in diesem Licht den im Februar abgegeben Schalmeienklängen mit ungeheurem Misstrauen begegnen muss?

(Franz Müntefering [SPD]: Wollt ihr von uns noch ein bisschen Redezeit haben?)

Peter Hintze (CDU/CSU):

Herr Kollege Glos, ich bescheinige Ihnen erstens die absolute Qualität Ihrer Ratschläge, nicht nur an den bayerischen Ministerpräsidenten. Zweitens bescheinige ich Ihnen gerne, dass sicher selbst diese Regierung weiß, dass das Wort des bayerischen Ministerpräsidenten etwas gilt

(Gerhard Schröder, Bundeskanzler: Etwas! – Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Wie viel ist „etwas“? – Franz Müntefering [SPD]: Gebt euch die Hand und vertragt euch!)

und dass deswegen das Angebot in diese Richtung für sie gefahrlos erfolgen konnte. Drittens bescheinige ich Ihnen gerne, dass Ihre Zweifel absolut berechtigt sind; denn das, was wir im europapolitischen Prozess erleben, sieht immer so aus: Wir dürfen der Regierung helfen, wenn sie uns braucht, aber wir werden nicht beteiligt, wenn das angebracht ist. Das ist in der Tat die Regel.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bei all unseren Entscheidungen kommt es darauf an, welches Bild wir von Europa haben,

- (B) (Franz Müntefering [SPD]: Lesen Sie ruhig alles noch einmal vor! Macht doch nichts!)

wie wir uns die Europäische Union vorstellen. Damit im Zusammenhang stehen die Frage der Erweiterung, die Frage, wie wir die Verfassung mit Leben erfüllen, und die Frage, wie wir das deutsche Parlament an den Entscheidungsprozessen in Europa beteiligen.

Wir wollen eine Europäische Union, deren Bürger sich zusammengehörig fühlen. Wir wollen eine Europäische Union, die als Wertegemeinschaft einen Beitrag zu einer lebenswerten, gerechten und solidarischen Welt leistet. Ich finde es beachtlich, was unser neuer Bundespräsident, Professor Köhler, gestern dazu gesagt hat:

(Franz Müntefering [SPD]: Gott sei Dank muss er Sie nicht anhören!)

Diese Verantwortung für Europa und die Welt ist uns wichtig. Das prägt unser Europabild. Wir wollen eine Europäische Union, die ihren Mitgliedstaaten Zukunft sichert. Die Verfassung ist nicht das Ende aller Wünsche, aber sie ist der gute Anfang einer starken politischen Union.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Michael Roth, SPD-Fraktion.

Michael Roth (Heringen) (SPD):

(C)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt haben wir es gehört: Herr Stoiber opfert sich für Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich hoffe, Frau Merkel macht das mit. Das käme uns für 2006 ganz zupass. Viel Schlaues ist Ihnen aber zu diesem generösen Angebot der Bundesregierung auch nicht eingefallen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms)

Herr Hintze, ich bin eben von dem einen oder anderen Kollegen gefragt worden, ob Sie sich immer so fürchterlich verhalten. Ich habe gesagt: Der Kollege Hintze ist eigentlich in den Diskussion über Europafragen ein ausgesprochen verträglicher Kollege. Das gilt zumindest für die Zusammenarbeit im Europaausschuss. Aber offensichtlich müssen Sie hier so auftreten, damit Sie irgendwann einmal in ferner Zukunft unter Frau Merkel Karriere machen. Ihr Verhalten ist möglicherweise Ihrer Karriere förderlich, dient aber nicht der europapolitischen Arbeit, die wir gemeinsam zu leisten haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Volker Kauder [CDU/CSU]: Ihr seid auf einem Niveau angekommen, das ist ja furchtbar!)

– Es ist toll, dass Sie, Herr Kauder, vielleicht noch in Koalition mit Herrn Glos, von Niveau in diesem Hohen Hause sprechen. Ich freue mich immer über Ihre tief schürfenden Reden. Wir können zumindest darüber lachen.

(D)

Es gab einmal einen Bundeskanzler, der hat gesagt: Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen. – Wir sind nicht zum Arzt gegangen, sondern wir haben gemeinsam an der europäischen Verfassung gezimmert, mit viel Mut und mit der Bereitschaft, Hürden zu überwinden. Auf dieses Werk kann die Sozialdemokratie hier in diesem Hause sehr stolz sein. Die europäische Verfassung ist mit den Namen von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verbunden und das lassen wir uns auch von Ihnen, Herr Hintze, nicht nehmen.

Sie missbrauchen die Geschichte als einen Steinbruch, Sie reißen sich da einmal das eine und einmal das andere Steinchen heraus. Dabei kommen Sie zu Abstrusitäten etwa bei der Beurteilung der Tatsache, dass damals Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – unter ganz schwierigen Bedingungen – auch mit Repräsentanten der kommunistischen Diktatur zu sprechen hatten. Ich finde das verwerflich vor dem Hintergrund, dass in dieser Fraktion Kolleginnen und Kollegen sitzen, die unter der kommunistischen Diktatur gelitten haben und die selber einen persönlichen Beitrag dazu geleistet haben, dass diese Diktaturen zerstört werden konnten.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Deswegen koalieren Sie ja auch mit der PDS!)

Lassen Sie also diese Arroganz und denken Sie einmal über Ihre Herren nach, die nach Chile gefahren sind, die

Michael Roth (Heringen)

- (A) nach Südafrika unter dem Apartheidregime gefahren sind und ihre eigenen Geschäfte abgewickelt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben hier in dieser Frage nun wirklich keine Nachhilfe nötig.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Das Verfassungsprojekt, das wir als Europapolitiker in den vergangenen Monaten und Jahren zu bewerkstelligen versucht haben, war sicherlich gelegentlich auch eine Zumutung für die Bürgerinnen und Bürger, weil sich die Debatten allzu häufig auf Fragen nach Institutionen, Strukturen und Verfahren konzentrierten. Es ging um Macht. Wir haben vielleicht nicht deutlich genug gemacht, worum es sich bei diesem großartigen Verfassungsprojekt eigentlich dreht: Es geht nämlich darum, wie wir **Globalisierung mit menschlichem Antlitz** organisieren können. Wie können wir in einer Welt, die immer größer wird, wo Grenzen fallen, den Menschen Sicherheit geben, wie können wir sie vor den Risiken schützen, wie können wir ein Stückchen Gerechtigkeit garantieren? Unsere tiefe Überzeugung als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist, dass wir das nur mit einem starken **demokratischen und sozial verfassten Europa** können. Das ist unser Angebot an die Menschen und diese Frage müssen wir mit dieser europäischen Verfassung in den nächsten Jahren zu beantworten versuchen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Aus meiner Sicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist diese europäische Verfassung die Magna Charta des **europäischen Sozialmodells**, weil sie aufzeigt: **Wettbewerb** nicht um jeden Preis – der **Markt** hat seine Grenzen. Das ist ein klares Bekenntnis für **Solidarität**, dafür haben einige jahrzehntelang gestritten und Nationalstaaten haben das zu ihrem wesentlichen Identitätsmerkmal gemacht. Jetzt geht es auch darum, Europa zu einem Hort der **sozialen Stabilität** werden zu lassen. Soziale Marktwirtschaft, Vollbeschäftigung – all das finden Sie in dem Zielekatalog dieser Verfassung.

Ich habe mit großer Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass das Wirtschaftsressort der „FAZ“ oder auch einige Wirtschaftsverbände kritisch angemerkt haben, in dieser europäischen Verfassung sei das Pendel zwischen Wettbewerb und Sozialmodell einseitig in Richtung Soziales ausgeschlagen. – Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind stolz darauf, dass es uns gelungen ist, deutlich zu machen, dass wir Menschen von diesem großartigen Projekt nur überzeugen können, wenn Europa dazu beiträgt, dass Arbeitsplätze geschaffen werden, dass es Standards gibt, die für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Gültigkeit haben, egal ob sie im Osten, im Westen, im Norden oder im Süden dieser Europäischen Union leben. Das ist etwas, wofür Gewerkschaften streiten sollten, dafür sollten aber auch wir Politiker insgesamt streiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dieses Modell, liebe Kolleginnen und Kollegen – das sage ich mit vollem Selbstbewusstsein –, ist auch etwas,

was wir in den internationalen Wettbewerb einbringen können. Wir müssen deutlich machen, dass es nicht nur das Prinzip des Hire and Fire gibt, nicht nur das Prinzip, Standards nach unten abzusenken, sondern dass es Prinzipien gibt, die den Menschen in den Mittelpunkt auch des wirtschaftlichen Handelns rücken. Ich bin deshalb sehr optimistisch, dass wir in den kommenden Monaten, wenn es darum geht, mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen, diese Ideen verankern können.

Der größte Erfolg ist sicherlich die Rechtsverbindlichkeit der **Grundrechte-Charta**. Jürgen Meyer ist heute zu Gast, ich grüße ihn herzlich im Namen der Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß noch, wie er damals fernab der Öffentlichkeit für die Grundrechte-Charta gestritten hat. Ich denke, dass ohne diese große Errungenschaft der Grundrechte-Charta, in der sich Freiheitsrechte und soziale Grundrechte manifestieren – für alle Menschen verbindlich –, weniger Faszination von diesem Verfassungsprojekt ausgeht. Denn wir sind nicht eine Gemeinschaft allein des Kapitals und der Konzerne, wir sind eine **Gemeinschaft der Werte**.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dass dazu natürlich auch **religiöse Werte** gehören, steht völlig außer Zweifel. Mich stört aber die Selbstgefälligkeit, mit der Sie versuchen, die Fragen der Religiosität und der Wertegebundenheit von Menschen ausschließlich mit Ihrer Partei zu verknüpfen. Viele von uns haben, wenn auch nicht in der Plumpheit, mit der Sie gelegentlich vorgegangen sind, für diese Ziele gestritten. Wir müssen aber respektieren, dass die Europäische Union nicht allein auf dem **Christentum** basiert und dass es Staaten gibt, die eine ganz andere, eine streng **laizistische Tradition** haben. Vergessen Sie doch die großen Erfolge nicht, die in den Verfassungsentwurf aufgenommen wurden: Der nationale Status der Kirchen wird in Art. 51 respektiert; der Dialog zwischen Kirchen, Gesellschaft und Politik wird verbindlich festgeschrieben; die Grundrechte-Charta, für die die Kirchen auch in Deutschland engagiert gestritten haben, ist festgelegt worden. All das sind große Erfolge, über die wir uns gemeinsam freuen sollten.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir haben mehr erreicht, als wir erwarten konnten. Die Erfolge gehen sogar über das hinaus, was in der Präambel der Grundrechte-Charta festgeschrieben wurde, weil auch die religiösen Werte in Europa deutlich gewürdigt werden. Ich denke, wir sollten das Glas nicht leerer machen, als es tatsächlich ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben gestern bemerkenswerte Reden des Altbundespräsidenten und des neuen Bundespräsidenten gehört. Ich will an das anknüpfen, was Franz Müntefering soeben zum Ausdruck brachte. Meine Generation – die jüngere Generation – denkt nicht mehr mit dem gleichen Respekt wie die ältere Generation an die Wurzeln der

Michael Roth (Heringen)

- (A) **Integrationsidee**, die eigentlich die Erfolgsgeschichte Europas ausmacht, zurück. Ohne diese europäische Integration hätte es nicht 59 Jahre lang Frieden in Europa gegeben. Ich fände es schade, wenn sich die Generation, die Krieg und Unfreiheit glücklicherweise nicht mehr selber erleben musste, nicht in angemessener Weise an diese Zeit erinnern würde. Es sollte unsere gemeinsame Aufgabe sein, die Frage der **Friedenssicherung** immer auch mit dieser wunderbaren Idee der Integration Europas zu verknüpfen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Europa braucht neue Leidenschaft und neuen Aufbruch. Ich sage das nicht nur, weil die Beteiligung an der Wahl zum Europäischen Parlament für alle beschämend war. Der Bundespräsident forderte gestern: Europa muss besser erklärt werden. Das mag richtig sein, aber ich glaube auch, dass sich Europa neu positionieren muss. Europa muss beweisen, dass es zu mehr Sicherheit im notwendigen Wandel beiträgt und den **Wohlstand** garantiert. Wir müssen die Idee des Wohlstands für alle auch in die Regionen Europas tragen, die bislang diese Vorzüge noch nicht genießen dürfen.

Die Europäische Union braucht daher mehr **Handlungsfähigkeit**, damit sie die große Idee, Sozialstaatlichkeit überall zu sichern, auch umsetzen kann. Über die großen Fortschritte ist bereits gesprochen worden: Das Europäische Parlament ist gestärkt worden und der Kommissionspräsident wird gewählt. Ich habe überhaupt kein Problem damit, deutlich zu machen, dass uns das Gezerre um die Frage der Nominierung des Kommissionspräsidenten nicht gefallen hat, aber unsere Antwort ist nicht die Ihrige, Frau Merkel. Bei Ihnen mag es aus machttaktischen Gründen normal sein, wenn der eine oder andere verdiente Mensch als Opfer Ihrer Strategien, andere in Amt und Würden zu bringen, am Rande des Weges liegen bleibt. Das ist nicht unsere Art.

- (B) Wir können uns aber durchaus darauf verständigen, und das sehr schnell – ich glaube, das ist bei der Nominierung deutlich geworden –, dass die Parteienfamilien endlich zu mehr Zusammenarbeit bereit sein müssen. Wir brauchen wirkliche **europäische Parteien**, die im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament mit ihren Spitzenkandidatinnen und -kandidaten den Menschen auch ein personelles Angebot unterbreiten. Damit hätten wir endlich einen Riegel vor das Gezerre geschoben, das teilweise auch zwischen den Staats- und Regierungschefs stattgefunden hat. Das war der Sache unwürdig. Wir brauchen den parteipolitischen Streit und wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern Gesichter in Europa anbieten. Auf diesen Punkt werden wir uns verständigen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Selbstverständlich gibt es auch Enttäuschungen: weniger **Mehrheitsentscheidungen** als gedacht. Der Außenminister hat in der vergangenen Europaausschusssitzung dankenswerterweise darauf hingewiesen, dass auch wir in der Bundesrepublik eine zum Teil abstruse Dis-

- kussion darüber geführt haben. Ich kann mich an den einen oder anderen Kollegen, an Länder und an die eine oder andere Fraktion erinnern, die der Auffassung waren, dass in diesem oder jenem Bereich unbedingt noch an der Einstimmigkeit festgehalten werden müsse, damit man nicht irgendetwas über sich ergehen lassen müsse. Deswegen bin ich mit einer Kritik an anderen Mitgliedstaaten auch zurückhaltend, die sich zum Teil auch aus Unverständnis heraus sehr heftig für das Einstimmigkeitsprinzip in wesentlichen Politikfeldern eingesetzt haben.

Sicherlich zeigt die **doppelte Mehrheit** mit ihren „Girlanden“, wie der Außenminister sie bezeichnet hat, dass es noch zu viel Misstrauen und zu wenig Vertrauen in Europa gibt. Wir müssen noch daran arbeiten, dass das Misstrauen abgebaut wird und dass wir wirklich zu einer Vertrauensgemeinschaft in der Europäischen Union werden. Deswegen ist das Prinzip der Regierungskonferenzen aus meiner Sicht weitgehend überholt. Es bleibt das große Verdienst des Konvents und auch das Verdienst der Bundesregierung zu würdigen, die sich immer für diesen Konventsentwurf eingesetzt hat, weil sie der Meinung ist, dass man etwas Besseres als das, was Parlamentarierinnen und Parlamentarier – zweifellos auch mit der Unterstützung von Regierungsvertretern – erzielt haben, niemals wird erreichen können. Deswegen war es gut, dass wir an der Seite derjenigen, die die Arbeiten im Konvent stellvertretend für uns verrichten durften, so engagiert für diesen Konventsentwurf gekämpft haben.

(Beifall bei der SPD)

- (D) Der **verfassungsgebende Prozess** in Europa ist nicht am Ende angelangt. Es ist ein dynamischer Prozess. Deswegen sollten wir darauf achten, dass der **Konvent** erhalten bleibt und gestärkt wird und dass wir es mit dem Konvent vor allem schaffen, die Bürgerinnen und Bürger noch mehr mit auf die Reise zu nehmen.

Aus meiner Sicht gibt es mehrere Herausforderungen. Über den **Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern** habe ich schon gesprochen. Ich sage das ganz offen: Der eine oder andere hier ist der Auffassung, es reiche das Ratifizierungsverfahren über den Bundestag und den Bundesrat. Richtig, aber das entledigt uns nicht der Verpflichtung, dass wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier bei der Bevölkerung stärker um Unterstützung für dieses Verfassungsprojekt werben, dass wir uns der Kritik stellen, dass wir Überzeugungsarbeit leisten und dass wir das nicht nur hier, sondern auch draußen auf der Straße, in den Versammlungen und in unseren Parteien tun. Da ist noch viel Arbeit zu leisten. Ich hoffe, dass wir uns dazu durchringen können.

Die Stärkung der **Europatauglichkeit des Bundestages** ist angesprochen worden. Es geht dabei aber nicht nur um neue Rechte, sondern auch um neue Pflichten. Herr Kollege Kauder, in der Arbeitsgruppe, die vom Bundestagspräsidenten einberufen wurde, reden wir sehr offen und, wie ich denke, auch sehr konstruktiv über diese Fragen. Es darf aber keine neuen Blockaden geben. Wir diskutieren in der KoMBO über den Abbau von Blockaden zwischen dem Bund und den Ländern und

Michael Roth (Heringen)

- (A) dürfen jetzt keine neue Blockaden aufbauen, wenn es um europäische Fragen geht.

(Beifall des Abg. Markus Meckel [SPD])

Wir müssen den Bundestag zu einem konstruktiven Mitgestalter der Europapolitik weiterentwickeln. Das scheint mir das Wesentliche zu sein, worauf wir uns verständigen sollten.

Lieber Herr Hintze, es gibt auch keine Koppelgeschäfte. Entweder Sie stimmen im Rahmen der Ratifizierung für diese Verfassung oder Sie lassen es bleiben. Die Fragen, wie wir den Bundestag stärken, die Subsidiarität ordentlich organisieren und ein Early-warning-System einrichten können, sind ganz andere Geschichten. Wir sollten das schön separat voneinander diskutieren und nicht Dinge zusammenmischen, die nur begrenzt etwas miteinander zu tun haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ein historischer Moment. Von Willy Brandt ist gesprochen worden. Möglicherweise stimmen Sie nicht damit überein; irgendwann einmal wird aber in den Geschichtsbüchern stehen, dass sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten große Verdienste bei diesem Verfassungsprojekt erworben haben. Das sollte uns nicht nur mit Stolz erfüllen, sondern auch Ansporn sein.

- (B) Die längste und schwierigste Wegstrecke liegt aber noch vor uns, nämlich nicht nur die Parlamente mit einer Mehrheit hinter das Verfassungsprojekt zu bekommen, sondern vor allem auch die Bürgerinnen und Bürger endlich wieder leidenschaftlich an dieses Verfassungsprojekt und diese wunderbare Europaidee heranzuführen. Das zumindest sollte unsere gemeinsame Aufgabe sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger von der FDP-Fraktion.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Fraktion sieht in der Verfassung auch einen ganz wichtigen Beitrag zur stärkeren **Identitätsstiftung**, also dazu, in Deutschland ein Bewusstsein für die Europäische Union zu schaffen. Wir wollen den Diskurs und den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern ehrlich führen und nicht nur hier darüber reden. Heute und in den nächsten Monaten werden wir, die Liberalen, deshalb dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger am Ende des Ratifikationsprozesses ihre Stimme für die europäische Verfassung in einer **Volksabstimmung** abgeben.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg.
Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Wir sind zuversichtlich: Natürlich wird es eine Mehrheit dafür geben, wenn wir ehrlich informieren, worum es geht und was für ein Gewinn die europäische Verfassung

- ist. Wir müssen aber auch deutlich machen, was wir in den Folgejahren an Verbesserungen erreichen wollen. (C)

Herr Roth, wir müssen wirklich ehrlich informieren. Sie haben hier – das verstehe ich – betont, wie wichtig gerade Ihnen die soziale Ausrichtung der Europäischen Union ist. Wir als Liberale bekennen uns ganz klar zu den Prinzipien der **sozialen Marktwirtschaft**. Aber Sie müssen auch ehrlich sagen: Was kann die Europäische Union hier tun? Wo hat sie denn Kompetenzen? Sie hat doch in der Sozialpolitik nicht die alleinige Kompetenz. Soziale Umgestaltungen, die notwendig sind, müssen die Mitgliedstaaten in ihren nationalen Parlamenten machen. Dafür tragen wir hier gemeinsam die Verantwortung.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

Es wäre falsch und gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nicht ehrlich, wenn wir den Eindruck erwecken würden, all das, was uns an der Politik in Deutschland im Bereich der Sozialpolitik, Rente, Gesundheit, Arbeitslosen- und Sozialhilfe nicht passt, könnte über Europa wieder zurückgeführt werden. Das wird nicht gelingen. Das kann auch nicht sein. Wir in Deutschland müssen nach wie vor unsere Hausaufgaben auf diesem wichtigen Themenfeld machen.

(Beifall bei der FDP)

- (D) Wir wollen eine zügige Ratifikation mit einer wirklich ehrlichen und umfassenden Information über die Verfassung. Wir wollen nicht, dass dieser Abstimmungsprozess mit Fragestellungen befrachtet wird, die zwar für Europa wichtig sind, aber mit der Verfassung in keinem inhaltlichen Zusammenhang stehen. Deshalb müssen wir die Türkeifrage selbstverständlich ernsthaft diskutieren; dabei müssen wir aber auch die bisherigen geschichtlichen Weichenstellungen ehrlich einbeziehen und dürfen sie nicht konterkarieren. Gleichzeitig dürfen wir die Beantwortung dieser Frage aber nicht zur Bedingung für die Zustimmung zur europäischen Verfassung machen.

Wir als Liberale unterstützen das **Subsidiaritätsprinzip**. Politik muss sich, gerade angesichts einer zunehmenden Kompetenz der Europäischen Union in vielen Fragen, nah am Bürger ausrichten. Wir waren immer dafür, dass die Europäische Union im Bereich der Außen-, Innen- und Justizpolitik handlungsfähiger sein muss. Hier brauchen wir eine Stärkung des gemeinsamen Europas. Da aber, wo die Kompetenzen nicht vorhanden sind, müssen wir als Parlament die Kontrollaufgaben wahrnehmen, und zwar ernsthaft. Dies muss bereits zu einem Zeitpunkt geschehen, zu dem noch keine abschließenden Entscheidungen der Bundesregierung zu Vorhaben in der Europäischen Union vorliegen.

Das lassen wir uns viel zu häufig aus der Hand nehmen. Wir müssen unsere **Kontrollaufgaben** viel besser und engagierter – auch einmal gegen die Position der Bundesregierung – wahrnehmen. Es ist ganz entscheidend – egal, wer regiert –, dass eine Minderheit im Parlament bei Fragen der Subsidiarität Rechte durchsetzen

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

- (A) kann; denn sonst können wir unsere Kontrollaufgaben nicht wahrnehmen.

Recht herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Anna Lührmann von Bündnis 90/Die Grünen.

Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Endlich haben wir sie: die europäische Verfassung. Lange wurde verhandelt, erst im Konvent, dann in der Regierungskonferenz. Am Schluss standen wie immer, wenn sich die Staats- und Regierungschefs einigen müssen, harte Verhandlungen und zähes Ringen um einen Kompromiss. Diplomatisches Verhandlungsgeschick und vor allem politischer Wille haben am Schluss zu einem Ergebnis geführt. Diesmal ist es ein gutes Ergebnis.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Zum ersten Mal hat die Europäische Union, haben die Bürgerinnen und Bürger eine Verfassung. Diese Verfassung hat ihren Namen durchaus verdient; denn sie ist ein Meilenstein in der europäischen Integrationsgeschichte. Sie ist – das kann man ohne zu übertreiben sagen – das bedeutendste Werk seit den Römischen Verträgen.

- (B)

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Das wird sich herausstellen!)

Die Verfassung markiert auch das **Ende der europäischen Teilung**; denn sie ist das Fundament, auf dem die europäischen Staaten in Ost und West ihre gemeinsame Zukunft aufbauen. Es ist zudem das erste Mal, dass die neuen Mitgliedstaaten an der Erarbeitung neuer Verträge beteiligt waren. Eine kleine Nebenbemerkung sei mir auch gestattet, nämlich dass auch die Kandidatenländer Bulgarien und Rumänien wie auch die Türkei, Herr Hintze, mit am Tisch saßen. Nur so viel dazu, dass der Beitritt der Türkei angeblich die Vertiefung der EU behindern würde.

Zurück zum eigentlichen Thema, zur Verfassung: Sie ist die logische Folge des **Beitritts der zehn neuen Mitgliedstaaten**. Lassen Sie mich das einmal ganz plastisch und lebensnah formulieren. Bekanntlich braucht ein Kind, das wächst, neue Kleider, denn die alten zwicken und drücken. Die Verfassung ist das neueste Kleid für Europa. Sie wird nicht das letzte Kleid sein, denn bekanntlich ist unser Europa noch nicht ganz ausgewachsen. Aber im Moment passt dieses Kleid sehr gut. Es passt weit besser als das letzte Modell aus Nizza.

Deswegen bin ich auch sehr froh, dass in der Regierungskonferenz am Ende der Gestaltungswille über die Blockade gesiegt hat. Der Gestaltungswille der deutschen Bundesregierung hat ganz wesentlich zum Erfolg der Regierungskonferenz und des Konventes beigetra-

gen. Die Teilnahme des deutschen Außenministers am Konvent und die deutsch-französische Kooperation mit gemeinsamen Initiativen haben die Dynamik schon im Konvent gestärkt. Mit der Verhandlungsstrategie, im Gegensatz zur Union den Konventsentwurf nicht aufschnüren zu wollen, hat die Bundesregierung nicht nur den Respekt vor der **Leistung des Konventes** zum Ausdruck gebracht, sondern auch erkannt, dass es einer Regierungskonferenz nie gelingen würde, einen ähnlich guten Vorschlag zu machen, wie es der Konvent geschafft hat.

(C)

Damit sollte sie auch Recht behalten. Denn praktisch alle Änderungen, die die Regierungskonferenz am Entwurf des Konventes vorgenommen hat, waren Rückschritte. Deswegen bin ich froh, dass es trotz der harten Verhandlungen in der Regierungskonferenz gelungen ist, der Europäischen Union eine Verfassung zu geben, die große Integrationsfortschritte mit sich bringt, Fortschritte von entscheidender Bedeutung in demokratischer Hinsicht, in Bezug auf Transparenz und Effizienz. Die Einzelpunkte wurden hier schon häufig erwähnt; die will ich jetzt nicht wiederholen.

Natürlich hätte ich mir noch einiges mehr vorstellen können, mehr an Integration, mehr an Demokratie. Aber ich bin Realistin genug, um zu sagen: Das ist der europäische Kompromiss und mehr war nicht drin. – Ich weiß, dass der Entwurf dort, wo er mir nicht weit genug geht, anderen schon viel zu weit geht. Deshalb hoffe ich auf eine erfolgreiche Ratifizierung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Sie wissen genauso gut wie ich, dass das **Ratifikationsverfahren** in 25 Mitgliedstaaten kein Spaziergang wird. Umso wichtiger ist es, dass Länder wie Deutschland, die die europäische Integration stärken wollen, mit gutem Beispiel vorangehen.

(D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Wo bleibt denn die Forderung der Grünen nach Volksabstimmung? Wo bleiben die Demokraten in Ihrer Partei?)

Je mehr Länder die Verfassung möglichst schnell verabschieden, desto stärker wird das Signal an die Zögerlichen, mitzuziehen. Deswegen, Herr Hintze, bin ich sehr froh, dass Sie Ihre Position in dieser Frage geändert haben und jetzt keine Bedingungen mehr für die Zustimmung der Union im Ratifikationsverfahren stellen.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Natürlich stellen wir Bedingungen!)

– Ach, Herr Müller, ich bin einmal gespannt auf Ihre Bedingungen und darauf, ob die sich in der Union durchsetzen werden.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Die kommen gleich! Ich spreche nach Ihnen! Hören Sie genau zu!)

In der „FAZ“ vom 22. Juni las ich das noch ganz anders, Herr Hintze. Ich muss aber ehrlich sagen: Ich hätte mir auch nicht vorstellen können, dass eine Parteivorsitzende

Anna Lührmann

- (A) wie Frau Merkel, die in letzter Zeit doch einen sehr beachtlichen europapolitischen Ehrgeiz entwickelt hat,

(Michael Glos [CDU/CSU]: Die braucht Ihre Noten nicht! Sparen Sie sich die Benotung!)

allen Ernstes die europäische Verfassung ablehnen würde.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Bei der CSU, Herr Müller, bin ich mir da nicht so sicher. Immerhin hat Ihre Partei diesen Fehler 1949 schon einmal gemacht und das deutsche Grundgesetz abgelehnt.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Wo war der Fehler, bitte? – Lachen bei der SPD – Abg. Michael Roth [Heringen] [SPD]: Sie sind ein Verfassungsfeind! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ich habe das leider nicht gehört, aber vielleicht war das auch gut so. – Ich hoffe, dass Sie diesen Fehler nicht wiederholen. Denn diesmal hätte er weitaus schlimmere Konsequenzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Man darf in einer Demokratie auch eine andere Meinung äußern! Wir sind doch nicht bei den Grünen, wo der Fischer alles diktiert! Ihr habt einen Diktator; wir haben Demokratie!)

- (B) Ich möchte noch etwas anderes ansprechen. Ich habe mich bekanntlich in den letzten Europadebatten immer wieder für ein bestimmtes Thema stark gemacht, nämlich für das Ende des Euratom-Vertrages. Jetzt ist es an der Zeit, der Bundesregierung für ihr Engagement in dieser Frage zu danken. Leider konnte zwar das große Ziel der **Abschaffung des Euratom-Vertrages** nicht erreicht werden, aber immerhin hat Deutschland gemeinsam mit Österreich und Irland die Erklärung abgegeben, dass die Vertragsrevision unser gemeinsames Ziel bleibt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD])

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin Lührmann, kommen Sie bitte zum Schluss.

Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja. – Insofern muss ich all jenen widersprechen, die meinen, es gäbe keine leftovers mehr; denn der Euratom-Dinosauriervertrag ist ganz sicher eines.

Ich möchte zum Schluss den großen deutschen Europäer Walter Hallstein zitieren.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: CDU!)

– Ja, CDU. Auch CDU-Politiker sagen manchmal kluge Sachen.

(Peter Hintze [CDU/CSU]: Regelmäßig!)

Hallstein hat gesagt:

Wer in europäischen Angelegenheiten nicht an Wunder glaubt, der ist kein Realist. (C)

In diesem Sinne, liebe Kolleginnen und Kollegen: Lassen Sie uns realistisch bleiben!

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Dr. Gesine Lötzsch.

Dr. Gesine Lötzsch (fraktionslos):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Viele Wählerinnen und Wähler haben ihr **Desinteresse an der Europawahl** bekundet und sind gar nicht erst hingegangen. Sie haben gespürt, dass sie über die wirklich wichtigen Fragen, zum Beispiel die Verfassung, nicht selbst entscheiden dürfen.

Wir als PDS konnten bei der Europawahl kräftig zulegen und das hat vor allem zwei Gründe: Erstens haben wir als PDS uns klar gegen das Rüstungsgebot in der Verfassung gewandt und zweitens haben wir uns klar für eine **Volksabstimmung über die Verfassung** ausgesprochen.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

(D) Wie schlecht Sie, meine Damen und Herren im Bundestag, mit dem Wahlergebnis leben können, haben Sie gestern gezeigt. Alle Fraktionen – von der CDU/CSU bis zu den Grünen – haben entschieden, dass die PDS-Europaabgeordneten nicht im **Europausschuss** des Bundestages mitwirken dürfen. Wir haben jetzt die absurde Situation, dass die FDP einen EU-Parlamentarier in den Ausschuss delegieren kann, wir als PDS aber nicht. Dabei haben wir bei der Europawahl zwar nicht wesentlich, aber doch besser abgeschnitten als die FDP. Frau Leutheusser-Schnarrenberger hat gerade die Bedeutung der **Rechte der Minderheiten** hervorgehoben. Schade, dass das gestern vergessen wurde.

Das Europäische Parlament ist neu gewählt worden und man hat den Eindruck, es geht alles so weiter wie bisher; das Wahlergebnis hat keine Auswirkungen. Die Kollegin Dr. Merkel von der CDU/CSU ist schon in einem anderen Zusammenhang darauf eingegangen.

Die Europapolitik wird nicht im Europäischen Parlament gemacht, sondern zwischen den Regierungschefs hinter verschlossenen Türen ausgekungelt. Nach dem letzten EU-Gipfel wird der Eindruck vermittelt, dass die Verfassung so gut wie in Kraft ist. Doch das ist ein Trugschluss und es kann für die Regierung noch ein böses Erwachen geben. Es gibt nämlich viele Menschen, die sich mit dieser Verfassung nicht anfreunden können.

Aus der Sicht der PDS gibt es drei **Ablehnungsgründe**: Erstens. Die Verfassung wurde mit jeder neuen Verhandlungsrunde undemokratischer. Zweitens. Die Verfassung wurde mit jeder neuen Verhandlungsrunde unsozialer. Drittens. Die Verfassung wurde mit jeder

Dr. Gesine Löttsch

- (A) neuen Verhandlungsrunde militärischer. Auf diesen Punkt möchte ich etwas näher eingehen.

Am 15. Juni haben mehrere Forschungsinstitute das „Friedensgutachten 2004“ vorgestellt. Die Wissenschaftler beschreiben die **Sicherheitsstrategie der EU** wie folgt – ich zitiere mit der Erlaubnis des Präsidenten –:

Sicherheit (wird) von der EU in einem eng militärischen Sinne als Voraussetzung für Entwicklung definiert, während die umgekehrte Blickrichtung, die soziale, ökonomische und rechtliche Entwicklungsfaktoren zum Ausgangspunkt für Sicherheit macht, unterbelichtet bleibt.

Diese Sicherheitsstrategie wird Europa nicht mehr, sondern weniger Sicherheit bringen. Es ist fatal, dass es in der Verfassung keine eindeutigen Aussagen gibt, dass militärische Interventionen nur als Ultima Ratio zu betrachten sind.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Dagegen wird eine Rüstungsagentur in der Verfassung verankert und das Militär auf „robustes Eingreifen“ weltweit vorbereitet. Wofür braucht Europa eine Rüstungsagentur, wenn Europa schon jetzt nach den USA der größte Rüstungsproduzent der Welt ist? Gegen wen wollen Sie sich eigentlich rüsten? Wollen Sie in Zukunft Bin Laden mit 68 Eurofightern jagen, die den Steuerzahler 2,5 Milliarden Euro kosten werden? Reichen dafür nicht die 44 Eurofighter, die bereits 2,3 Milliarden Euro gekostet haben?

- (B) Die Europäische Union setzt auf die falschen Mittel zur Lösung der globalen Probleme. Das **Verhältnis von zivilen und militärischen Mitteln** stimmt einfach nicht. Wenn es aus Ihrer Sicht eine in der Verfassung festgeschriebene Rüstungsagentur geben muss, warum gibt es dann nicht wenigstens auch zum Beispiel eine Agentur zur friedlichen Konfliktvermeidung und Konfliktlösung? Wir finden, dass die Überbetonung des Militärischen in der Verfassung auch deshalb von uns hier so scharf kritisiert werden muss, weil klar ist, dass es nicht ohne Wirkung auf die europäische Innenpolitik bleiben wird, wenn die EU auf militärische Konfliktlösung in der Außenpolitik setzt.

Sie alle haben sich mehr oder weniger sehr zustimmend zu der Verfassung geäußert. Wenn Sie von der Verfassung so überzeugt sind, wie Sie es in der Debatte dargelegt haben, dann frage ich: Warum haben Sie nicht den Mut, die Verfassung durch das Volk bestätigen zu lassen?

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Ich schließe mich **ausschließlich** der Argumentation von Frau Leutheusser-Schnarrenberger an, die gesagt hat: Wenn man etwas durch eine Volksabstimmung bestätigen lassen will, dann muss man sich schon die Mühe machen, zu den Menschen zu gehen, und ihnen erklären, worum es eigentlich geht. Es reicht nicht aus, zu sagen: Wir haben etwas Gutes und Schönes, in Europa sind alle einverstanden. Vielmehr muss man vor Ort erklären, worum es im Detail geht, damit die Bürgerinnen und Bürger eine Entscheidung treffen wollen und können. Vor einer

konkreten Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern scheinen aber die meisten von Ihnen – mit Ausnahme der FDP – Angst zu haben. (C)

Vielen Dank.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Markus Meckel von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Markus Meckel (SPD):

Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist heute in allen Fraktionen und trotz mancher aufgeregter Töne deutlich geworden, dass die ganz große Mehrheit dieses Hauses – bei meiner Vorrednerin ist das eher nicht der Fall – einig darüber ist, welch ein großer Erfolg die Verfassung ist.

Wir sollten noch einmal auf die Situation Anfang der 90er-Jahre zurückblicken, als sich nach den Umbrüchen in Europa, nach dem Sieg von Freiheit und Demokratie die Frage stellte, wie die EU reagieren soll. Die Erweiterung war nicht von vornherein klares strategisches Ziel. Es bedurfte vielmehr auch in Westeuropa mancher Überzeugungsarbeit, um den langen Weg der Erweiterung zu gehen. Dieser Weg ist für viele Länder im Frühjahr dieses Jahres erfolgreich zu Ende gegangen. Aber dieser Weg ist weiterzugehen, wenn man an Rumänien, Bulgarien, aber auch an andere Länder denkt.

Vor 25 Jahren hat Willy Brandt – das ist schon angesprochen worden – eine europäische Verfassung gefordert. Wer glaubte Anfang der 90er-Jahre, dass das möglich sein wird? Auch enge Verbündete waren skeptisch. Ich erinnere mich, dass Jacques Chirac in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag im Jahr 2000 eine europäische Verfassung forderte. Hier hat sich sehr viel getan. Nun liegt ein gemeinsamer Verfassungsentwurf vor. Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es wichtig war, dass wir in Deutschland parteiübergreifend dafür gearbeitet haben und eingetreten sind. Ich würdige in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Vertreter der CDU/CSU im Konvent, die dort Wesentliches geleistet haben. Herr Altmaier – er ist anwesend – hat gemeinsam mit Jürgen Meyer dort sehr gute Arbeit geleistet. Viele Initiativen sind aber auch gemeinsam eingebracht worden. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Heute haben wir vieles erreicht. Aber wir alle wissen, dass wir nicht bei den Erfolgen stehen bleiben dürfen.

Es ist von **Sicherheit** geredet worden. Dabei geht es nicht nur um den 11. September 2001. Vielmehr gibt es viele grundsätzliche Fragen, die unsere Sicherheit heute und in Zukunft bestimmen. Frau Löttsch, ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern: Die Verfassung ist zwar das zentrale Dokument. Herr Solana hat im letzten Jahr eine Sicherheitsstrategie vorgelegt. Sie ist im letzten Dezember gemeinsam beschlossen worden. Jetzt

Markus Meckel

- (A) ist sie die europäische Sicherheitsstrategie. Frau Löttsch, lesen Sie sich diesen Beschluss einmal durch! Darin steht alles, was Sie hier einfordern, Stichwort „Bedeutung der integrierten Außenpolitik in den zivilen, in den ökonomischen und in den diplomatisch-politischen Dimensionen“. Jeder, der glaubt, dass Sicherheitspolitik und Friedenspolitik völlig ohne militärische Dimensionen möglich sind, ist naiv. Wir leben nun einmal – „leider“ mag mancher sagen – nicht im Himmelreich.

Wir stehen vor inneren und äußeren Herausforderungen. Innere Herausforderungen – das beziehe ich auf die Geographie Europas – betreffen unter anderem den **westlichen Balkan**. Mitten in der EU gibt es einen Bereich, der für uns eine zentrale Herausforderung ist. Dadurch, dass Kaliningrad von Staaten der Europäischen Union umschlossen ist, ist Russland unser Nachbar im Osten. Auch mit Kaliningrad ist eine zentrale Herausforderung verbunden. Dort, also in einer Region umschlossen vom Territorium der EU, gibt es manche Gefahren – organisierte Kriminalität, Drogen und viele andere Bereiche –, denen wir gemeinsam mit den Nachbarn, zum Beispiel mit Russland und Staaten auf dem westlichen Balkan, mit einer eigenen Strategie begegnen müssen.

Ich glaube, dass es auf diesem Gebiet nach den Kriegen in den 90er-Jahren wesentliche Fortschritte gibt. Die EU, die NATO und die internationale Staatengemeinschaft haben durchaus erfolgreich agiert, nachdem wir uns überhaupt nicht mehr hatten vorstellen können, dass es mitten in Europa zu solchen Kriegen und zu solchen Verbrechen kommt. Wir sehen – die Welt hat es zuletzt im März im Kosovo gesehen –, wie instabil die Lage ist. Wenn wir uns die einzelnen Länder anschauen, dann erkennen wir, was alles noch getan werden muss.

- (B)

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Integrations- und Europaperspektive für diese Region, also das, was der Europäische Rat in Thessaloniki beschlossen hat, der wesentliche Stabilitätsfaktor ist und dass es zusätzliche Initiativen braucht. Ich halte zum Beispiel eine **Kosovo-Initiative** der Europäischen Union am Anfang des nächsten Jahres für ausgesprochen wichtig. Wir können und sollten es nicht wieder den USA überlassen, eine solche Initiative zu ergreifen. Ich bin sicher, dass die USA dies tun werden, wenn wir nicht vorher aktiv werden. Kosovo liegt mitten in Europa. Die Staaten dieser Region haben nicht nur eine europäische Perspektive, sondern sie wollen auch Mitglied der Europäischen Union werden. Die Europäische Union sollte gezielt aktiv werden, nicht ohne die USA, natürlich mit den Vereinten Nationen und durchaus auch im Gespräch mit Russland. Ich wiederhole: Die Initiative sollte von uns, von Europa, ausgehen.

Die nächste zentrale Frage betrifft die Gestaltung unserer Nachbarschaft. Auch hier hat die Europäische Union Initiativen ergriffen. Ich halte es für ausgesprochen wichtig, dass das öffentliche Augenmerk deutlich darauf gelenkt ist. Ich freue mich sehr, dass die Europäische Union mittlerweile den südlichen Kaukasus in diese Strategie mit aufgenommen hat. Das war vorher nicht der Fall.

- (C) Als Letztes möchte ich auf die Frage der **Minderheiten** innerhalb nationaler Mehrheiten in Europa zu sprechen kommen. Dieser Punkt ist bisher nicht angesprochen worden. Zumindest in Deutschland steht er nicht im Licht der Öffentlichkeit. Nach 1990 und spätestens nach 1993, Stichwort „Kopenhagener Kriterien“, hat die Europäische Union den neuen Mitgliedstaaten immer wieder gesagt, wie wesentlich die Einhaltung der Minderheitenrechte ist und dass Minderheiten in ihren Regionen, wo sie oft seit vielen Jahrhunderten leben, eine Chance haben müssen.

Gerade durch den Druck, die entwickelten Kriterien einzuhalten, ist auf diesem Gebiet in Ungarn, in Rumänien, in der Slowakei, aber auch in anderen Ländern viel geschehen. Gleichzeitig hat sich Anfang der 90er-Jahre gezeigt, dass auch der Rechtsrahmen Westeuropas, der damaligen Europäischen Union und auch des Europarates in dieser Frage noch keineswegs ausreichend ist. Was die Gestaltung von Recht durch den Europarat – Stichwort „Europäische Menschenrechtskonvention“ – und die jüngst erarbeitete europäische Verfassung angeht, ist mehr geschehen, als wir wahrgenommen haben. Insbesondere Ungarn hat sich eingesetzt und wir haben dies unterstützt.

Nachdem diese Rechte geschaffen worden sind, halte ich es für wichtig, dass sie nicht nur durch die einzelnen Staaten implementiert werden, sondern dass sie auch durch europäische Institutionen gestärkt und begleitet werden. Wir brauchen eine personelle und institutionelle Stärkung dieser Dimension des europäischen Rechts.

- (D) Ich hielte es für gut, wenn zum Beispiel einer der vielen europäischen Kommissare eine solche Verantwortung bekäme oder wenn es einen Ombudsmann des Europäischen Parlaments mit dieser Verantwortlichkeit gäbe. Die östlichen und südöstlichen europäischen Länder wären dafür, glaube ich, besonders dankbar. Wir sollten sie darin unterstützen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt hat nun der Kollege Dr. Gerd Müller von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

Dr. Gerd Müller (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist mir eine ganz besondere Freude, dass ich als CSU-Vertreter für die CDU/CSU-Fraktion in dieser spannenden Debatte einen Schlusspunkt setzen darf. Herr Außenminister – da Sie wieder im Saal sind, spreche ich Sie direkt an –, die CSU hat in Bayern bei der Europawahl 57,4 Prozent und damit das beste Ergebnis aller Parteien in Europa erzielt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn wir dieses Votum der Bürgerinnen und Bürger als Votum für die Politik akzeptieren, die wir in Europa ver-

Dr. Gerd Müller

- (A) treten, dann muss ein grundlegender Richtungsschwenk vorgenommen werden.

Die SPD hat es fertig gebracht, das 18-Prozent-Projekt in Bayern umzusetzen. Sie ist bei 15 Prozent und die Grünen sind bei 11 Prozent gelandet. Das ist die Ausgangslage.

Zum Verfassungsvertrag. Ich blicke dazu auch einmal auf die Zuschauertribünen; denn die Menschen sollen solch eine Diskussion ja verstehen. Das Problem ist, dass sie Europa nicht mehr verstehen. Das geht auch uns so. Kaum jemand versteht dieses Europa in den Dokumenten. Deshalb titelt die „FAZ“ am 21. Juni: „Ein ungewisser Vertrag für ein ungewisses Europa“.

Das Echo in den europäischen Staaten ist völlig unterschiedlich. Lediglich hier im deutschen Parlament gibt es eine relativ selektive Wahrnehmung. Man hört nur die Argumente, die man gern hören will, und verstärkt so seine eigene Position. Aber auch in Deutschland ist das Meinungsspektrum wesentlich größer.

Positiv ist, dass wir jetzt eine europäische Debatte mit der Öffentlichkeit, mit den Bürgerinnen und Bürgern und in den Parteien führen können. „Liebe Freunde“, hätte ich fast gesagt; liebe Vertreterinnen und Vertreter der Grünen, Herr Außenminister, ich erkläre ganz deutlich: Tabus aufzubauen ist der falsche Weg. Wir müssen schon miteinander reden. Es muss auch noch erlaubt sein, anders zu denken und anders abzustimmen als Sie.

(Beifall bei der CDU/CSU – Markus Meckel [SPD]: Die Frage ist nur, was vernünftig ist!
Die Frage muss man stellen!)

(B)

„Es muss weitergehen in Europa“, hat der neue Bundespräsident gestern gesagt. Ohne Kleinmut: Mit 80 Millionen Menschen hat **Deutschland** in der Mitte Europas eine große **Verantwortung**. Die Menschen wollen wissen: Welchen Weg gehen wir in der Europäischen Union der 25? Wir haben ihnen etwas versprochen. Europa sollte einfacher, demokratischer und durchschaubarer werden. Ich erspare Ihnen, meine Damen und Herren, dass ich Ihnen vorlese, wie die zukünftigen Mehrheitsentscheidungen im Brüsseler Rat zustande kommen. Ich habe es nach dreimaligem Lesen nicht verstanden. Die Bürgerinnen und Bürger haben überhaupt keine Chance, das europäische Rechtsetzungssystem jemals zu durchschauen.

Die Regierungschefs haben sich vorgenommen: eine klare Kompetenzabgrenzung, eine Beschränkung der europäischen Regelungswut, eine Rückübertragung von Zuständigkeiten auf die Mitgliedstaaten dort, wo es sinnvoll ist, eine Stärkung der Parlamente und ein werbebezogenes Europa.

Was ist herausgekommen? Roger Köppel beschreibt diesen Verfassungsvertrag in der „Welt“ vom 21. Juni wie folgt:

Interessanterweise hat der Versuch, die byzantinischen Strukturen der Union zu vereinfachen, das wohl paragrafenreichste Gesetzeswerk der abendländischen Rechtsgeschichte hervorgebracht. Wenn es zutrifft, dass sich die Schlüssigkeit einer Verfas-

sung auch in ihrer Prägnanz offenbart, dann ist das vorliegende Modell vermutlich ein Indiz dafür, dass die Hausaufgaben nicht erledigt wurden. ... (C)

Der Kurs bleibt zentralistisch.

Auch diese Stimmen muss man hier mit diskutieren.

Günther Nonnenmacher, der auch sonst häufig von allen Parteien hier zitiert wird, kommt in der „FAZ“ vom 21. Juni zu dem Schluss:

Dies ist also ein typisch europäisches Dokument, was bedeutet, daß vermutlich kaum ein „Normal-europäer“ es je lesen oder sonderlich schätzen wird.

Meine Damen und Herren, die **Bundesbank** äußert in ihrer offiziellen Stellungnahme durch Herrn Professor Weber substantielle Kritik, da die geltende Währungsverfassung, der Maastricht-Vertrag in zentralen Punkten verändert wird. Wir haben dem deutschen Volk beim Übergang von der D-Mark zum Euro versprochen, dass dies niemals der Fall sein wird. Mit der Umsetzung des Verfassungsvertrages würde dieser Fall eintreten. Dies betrifft beispielsweise die Unabhängigkeit der nationalen Notenbanken und der Europäischen Zentralbank.

Ernst-Joachim Mestmäcker, der renommierte Rechtsprofessor und frühere Direktor des Hamburger Max-Planck-Institutes, kritisiert die Festlegung der Europäischen Grundrechte-Charta mit folgenden Worten:

Manches an der Charta erinnert an die Rechtstechnik der sozialistischen Staaten: Jeder hat Anspruch auf alles. Und letztlich bekommt niemand etwas. (D)

Meine Damen und Herren, wir müssen diese Stimmen aus der Wirtschaft und der Wissenschaft in den parlamentarischen Beratungsprozess einfließen lassen. Man kann nicht Kolleginnen und Kollegen ausgrenzen, die sich solchen Positionierungen anschließen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diese Stimmen dokumentieren nämlich auch ganz präzise das Unbehagen vieler Bürgerinnen und Bürger.

Lassen Sie mich zu ein paar Einzelpunkten Stellung nehmen. Natürlich handelt es sich um einen Kompromiss und es gibt eine Reihe einzelner Punkte, die positiv zu bewerten sind. Ich möchte positiv die Weiterentwicklung des Mitentscheidungsrechtes des Europäischen Parlaments, den verstärkten Übergang zu Mehrheitsentscheidungen, die Fortschritte in der ESVP – das betone ich ganz besonders –, die Rüstungsagentur, die Solidaritätsklausel hervorheben. Dies muss man positiv sehen. Dabei sind wir einen wichtigen Schritt vorangekommen. Wenn weder der Bundeskanzler noch ein anderer Sprecher heute den Bundesaußenminister gelobt hat, dann mag es dafür Gründe geben. Aber in den genannten Punkten sind wir ein Stück weit vorangekommen.

Es gibt aber nicht nur die positiven Seiten; es gibt auch Schattenseiten. Man muss offen auch mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber reden und diskutieren können, für welche europäischen Maßnahmen wir Deutschen einen Preis gezahlt haben. Verschweigen hilft

Dr. Gerd Müller

- (A) nicht, denn am Schluss müssen wir abwägen, was bei unserer Entscheidung im Vordergrund steht. Eine Schattenseite des Vertrages ist, dass die **Kompetenzabgrenzung**, die zum Kern des Verfassungsvertrages gehören sollte, nicht geschehen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Professor Peter Huber, der den Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Universität München innehat, bewertet diesen Punkt sehr prägnant:

Vollkommen gescheitert ist die EU-Verfassung schließlich beim zentralen Anliegen der deutschen Länder, der Kompetenzbegrenzung.

Er fährt fort:

Der so genannte Acquis Communautaire,

– das ist das Gesetzesregelungswerk der Europäischen Union –

dessen Regelungen die kommunale Wasserversorgung heute schon ebenso erfassen wie das Kopftuchtragen in der Schule,

(Anna Lührmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Stimmt nicht!)

hat sich als heilige Kuh erwiesen, und die Verfassung bringt hier einen neuen, kräftigen Zentralisierungsschub.

- (B) Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies muss bewertet werden. Wir wollten in die eine Richtung, fahren aber in die andere Richtung. Man kann sich so verhalten, muss aber auch wissen, was dabei herauskommt. Der Verfassungsvertrag bringt in zentralen Punkten, in denen wir vorankommen wollten, nicht den nötigen Durchbruch. Ich nenne die Verteidigungs-, Außen- und Sicherheitspolitik. Hier hätte mehr passieren können und müssen. Wir wollen – ich sage dies sehr deutlich – keinen europäischen Zentralstaat. Wir wollen den Wettbewerb der Ideen, Kulturen, Völker und der Volkswirtschaften in Europa, aber kein Modell einer zentralen europäischen Wirtschaftsregierung in Brüssel analog zum französischen Zentralismus. Dies schafft der vorliegende Verfassungsentwurf eben nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Deutsche Bundestag muss sich darüber im Klaren sein: In 30 weiteren Politikbereichen nimmt sich Europa weitere **ausschließliche, geteilte oder koordinierende Kompetenzen**. Aus 300 verschiedenen Förderprogrammen verteilt Brüssel in Zukunft das Geld der Bürgerinnen und Bürger über das Land. Aus bisher unstrittigen Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten wie Zuwanderung, berufliche Bildung, Sport, Zivilschutz und Daseinsvorsorge werden Kompetenzbereiche der EU-Gesetzgebung, wenn auch nicht ausschließliche. Aber die EU wird in diesen Bereichen mitregulieren und -regeln. Dies wäre in Amerika vollkommen ausgeschlossen. Unser Ziel war immer: Gebt Brüssel, was Brüssels ist, nämlich die Regelung der großen Dinge, aber lasst Berlin, die anderen Mitgliedstaaten sowie Düsseldorf und München

das Ihrige tun, um nah am Bürger die Details zu regeln. Das wird mit diesem Verfassungsvertrag nicht erreicht. (C)

Wir wollen ein föderales und kein zentralistisches Europa. Wir wollen mehr Freiheit und weniger Dirigismus.

Ich möchte auf einen weiteren zentralen Punkt eingehen. Demokratie braucht – das war die Vorgabe – **starke Parlamente**. Wir müssen den Mut haben, unsere Rechte wahrzunehmen. Dies ist in der Vergangenheit zu wenig geschehen. Mit diesem Vertrag bewegen wir uns in die Richtung, dass in Zukunft immer mehr die Exekutive, das heißt die Regierungen, und damit die Bürokratien in Europa gestärkt werden. Der Verfassungsvertrag führt nicht zu einer ausreichenden Parlamentarisierung der europäischen Politik, weder in Straßburg noch in Berlin.

Sie haben, Herr Außenminister und Herr Bundeskanzler, im Vorfeld dieses Verfassungsvertrages das Parlament nahezu ausgeschlossen und die Öffentlichkeit nicht beteiligt. Sie haben die Ergebnisse der Europawahl ignoriert und sich damit weiter von den Menschen entfernt. Unsere Parlamente werden in der Rechtsetzung permanent geschwächt. Die Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments sind nicht zureichend gestärkt worden und die Rechte des Deutschen Bundestages werden in ihrer Substanz angegriffen.

Aus diesen Gründen gibt es eine qualifizierte Minderheit, auf alle Fälle eine qualifizierte Anzahl von Kolleginnen und Kollegen, die diesen Vertrag ablehnen werden. Wir sollten ihre Argumente ernst nehmen.

Die CDU/CSU schlägt vor, dass wir den europäischen Verfassungsvertrag für eine breite Diskussion nutzen und zukünftig weniger Politik verordnen, sondern sie gemeinsam entwickeln. Wir trauen dem Volk. Deshalb muss der Deutsche Bundestag, sollte dieser Verfassungsvertrag ratifiziert werden, eine neue Qualität von **Mitwirkungsrechten** in Bezug auf die europäische Gesetzgebung erhalten. Wir brauchen auch eine Neuorganisation der Zuständigkeiten der Bundesregierung in den Fragen der Europapolitik. (D)

Wir werden deshalb in das Ratifizierungsverfahren eine Ergänzung des Art. 23 Abs. 3 des Grundgesetzes einbringen. Das bedeutet: Stellungnahme des Deutschen Bundestages zu wichtigen europäischen Rechtssetzungsprozessen. Denken Sie an den gestern aus Brüssel erfolgten neuesten Vorschlag eines Baby-Screenings, die EU-Führerscheinrichtlinie oder die Abschaffung der lebenslangen Haft – und was sonst alles kommt. Da müssen die nationalen Parlamente mitreden können und eine verbindliche Erklärung an ihre Regierungen abgeben können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ebenso müssen wesentliche EU-Angelegenheiten wie die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen – und zwar vor der endgültigen Fixierung, wie sie der Bundeskanzler in der Türkeifrage vorgenommen hat – oder Vertragsverlängerungen an die Zwei-Drittel-Zustimmung des Bundestages gebunden sein.

Meine Damen und Herren von der Koalition, Herr Müntefering, darüber sollte man miteinander in qualifi-

Dr. Gerd Müller

zierte Gespräche eintreten. Unser Bemühen ist, die Europapolitik auch über die nationalen Parlamente wieder beim Bürger zu verankern, um zu diskutieren. Wir können nach dieser Europawahl nicht einfach so tun, als würde das Europäische Parlament in seiner Legitimation den Bundestag ersetzen. Wir müssen den Bürger da abholen, wo er ist. Dafür muss sich der Bundestag wieder mehr Mitwirkungsrechte in der europäischen Rechtsetzung nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zur **Türkeifrage** wurde schon einiges gesagt. Es ist eine Farce – auch die „FAZ“ bezeichnet das so –, wenn man sagt, dass die Vorschläge der Kommission abgewartet werden müssten, und von Kopenhagener Kriterien gesprochen wird, der Bundeskanzler aber gleichzeitig vorwegnimmt, dass die Beitrittsverhandlungen auf alle Fälle aufgenommen werden, egal was die Kommission vorschlägt. Der Bundeskanzler hat sich in dieser Frage gegen das Parlament gewandt. Er wendet sich auch gegen die Mehrheit im Volk und fügt damit dem deutschen Volk schweren Schaden zu.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Traum weiter!)

Auf einer Basis von 25 Prozent Zustimmung des Volkes und angesichts des nahenden Endes ihrer Regierungszeit ist diese Bundesregierung nicht legitimiert, in der Türkeifrage solche Festlegungen vorzunehmen.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU – Michael Roth [Heringen] [SPD]: Freu dich bloß nicht zu früh!)

(D)

Ich komme zum Schluss. Die Ratifizierung kann nicht in dem Stil „Augen zu und durch“ durchgeführt werden, nur damit es keiner merkt. Dies ist inakzeptabel. Wir müssen die Argumente, die von seriösen Persönlichkeiten in unserem Staat vorgebracht werden, diskutieren und uns für diese Diskussion Zeit nehmen. Wir werden unserer Verantwortung gerecht werden. Das Europa der Zukunft muss ein föderales, demokratisches, kultur- und wertebezogenes Europa sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.